

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

Die „Fünf Weisen“ melden sich zu Wort – Ziemlich schlechte Gründe für Lohnsenkungen 3



Afghanistan
unter imperia-
listischer
Herrschaft 6



Dem
Vorsitzenden
des Roma Natio-
nal Congress
droht Gefäng-
nis 12

Versammlungen der Euromärsche und Internationaler Marsch von Brüssel nach Sevilla – Aktionen der kämpfenden Erwerbslosen und prekär Beschäftigten 14



Völ-
kerrechtli-
che Einwände:
Freiburger Juris-
ten warnen
Bundestag
19



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 24 00 94 68, Fax: 030 / 24 00 94 69

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 23,40 (Förderabo 36,40), ein Jahresabonnement kostet 46,80 (Förderabo 72,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 41,60, Sozialabo: 33,80. Ausland: +6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (23,40 / 46,80 je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (36,40 / 72,80)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (16,90 / 33,80)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (20,80 / 41,60)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

RESERVISTEN VERWEIGERN. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer unter Reservisten ist deutlich angestiegen: Laut der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer stellten im Oktober 197 ehemalige Wehrpflichtige einen entsprechenden Antrag. Vor dem Nato-Bündnisfall verweigerten im Schnitt 57 Soldaten pro Monat den Kriegsdienst. „In diesem Jahr wird sich die Zahl der Verweigerer im Vergleich zum Jahr 2.000 auf 3.500 vervielfachen“, erwartet der Sprecher der Zentralstelle, Peter Tobiassen. Nach Einschätzung der Zentralstelle wird der Nato-Bündnisfall aber bei weitem nicht die Auswirkungen haben wie der Golfkrieg. 1991 verweigerten laut Tobiassen rund 30.000 Reservisten den Kriegsdienst. Auch unter den Wehrpflichtigen steigt die Zahl der Verweigerer. (www.n-tv.de)

ANGRIFF AUF BENESCH-DEKRETE. Folgende Pressemitteilung verbreitet der Bund der Vertriebenen: Zu der Entscheidung des UN-Menschenrechtsausschusses vom 30. Oktober 2001, in der die tschechische Restitutionsgesetzgebung wegen Verletzung des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte verurteilt wird, erklärt BdV-Präsidentin Steinbach: Die Entscheidung des Menschenrechtsausschusses der Vereinten Nationen macht deutlich, dass die Benesch-Dekrete keinen Bestand haben können und noch vor dem Beitritt zur Europäischen Union abgeschafft werden müssen. Sie bilden nach wie vor die Grundlage fortbestehender Diskriminierungen aufgrund der Staatsbürgerschaft und sind mit der europäischen und internationalen Rechts- und Werteordnung nicht vereinbar. Ich begrüße diese Entscheidung, die die Rechtsposition der Vertriebenen stützt und fordere die Bundesregierung auf, die politischen Konsequenzen zu ziehen. Dies gilt um so mehr als sich tschechische Politiker, die sonst im Zusammenhang mit den Benesch-Dekreten vom „erloschenen Recht“ sprechen, sich in der innenpolitischen Diskussion zu dem Verfahren darauf berufen, dass die Gültigkeit der Dekrete des Präsidenten Benesch nicht aufgehoben worden sei. Zu seiner Entscheidung hat der UN-Menschenrechtsausschuss festgestellt, dass die in der tschechischen Restitutionsgesetzgebung „enthaltene Bedingung der Staatsbürgerschaft als notwendige Voraussetzung der Rückgabe konfiszierten Eigentums eine willkürliche und in der Folge diskriminierende Unterscheidung zwischen Individuen trifft, die gleichermaßen Opfer früherer staatlicher Konfiskationen waren, und damit eine Verletzung des Artikels 26 des Paktes („Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte“) darstellt“. Gleichzeitig hat er dem tschechischen Staat eine Frist von neunzig Tagen gestellt, um über die Maßnahmen zu berichten, die dieser ergreifen wird, um die in der Entscheidung gestellten Forderungen

gen durchzusetzen. Die Entscheidung des Menschenrechtsausschusses hat auch für andere Beitrittsstaaten Bedeutung, in denen noch immer menschenrechtswidrige diskriminierende Gesetze fortgelten. (www.bund-der-vertriebenen.de)

KARDINAL UND MILITÄRBISCHOF: Während der katholische Militärbischof Walter Mixa den Krieg gegen Afghanistan und den damit verbundenen Militäreinsatz der Bundeswehr deutlich kritisierte (z.B. Südde. Ztg, 17.11.), macht der Kölner Kardinal Joachim Meisner scharf für christliche Aufrüstung gegen den Islam. In einem Interview mit der „Bunten“ sagte Meisner auf die Frage, wie die Kirche auf die Bedrohung durch den islamischen Fundamentalismus reagieren solle: „Das muss für uns Christen ein Aufruf zur moralischen Aufrüstung sein. Wenn unsere Gesellschaft Gott lästert, Frauen nackt in der Zeitung abbildet, wenn Kinder abgetrieben, wenn Homosexuelle getraut werden, dann bedeutet das in den Augen vieler Muslime: Das sind doch keine Menschen mehr – das sind Tiere. Und wir müssen den Islam näher kennen lernen. Es heißt immer, der Islam sei tolerant. Ich kenne kein islamisches Land, das tolerant ist. Toleranz predigt der Islam immer nur dort, wo er in der Minderheit ist. Unsere Verfassung verlangt ein Vorverständnis von Würde des Menschen, von Toleranz, von Freiheit. Ich frage: Bringen alle unsere muslimischen Mitbürger dieses Verständnis immer mit?“ Im Kampf gegen Osama bin Laden hält Meisner auch die Ermordung bin Ladens für gerechtfertigt. Auch Hitler wäre besser ermordet worden. Meisner findet, dass es das Beste wäre, „Osama bin Ladens habhaft zu werden und ihn anzuklagen“. Wenn dies jedoch nicht gelinge, „bleibt der Tyrannenmord die letzte Möglichkeit“. (netzzeitung.de)

PANZER FÜRS BKA? Das Bundesinnenministerium hat in den Haushaltsberatungen unter anderem zusätzliche Mittel für die Beschaffung von zehn Panzern für das Bundeskriminalamt (BKA) gefordert. Hierzu erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke: Was haben Panzer mit Kriminalarbeit zu tun? Das Bundeskriminalamt ist die „zentrale Einrichtung zur Zusammenarbeit in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten“. So legt es das Gesetz fest. Wieso werden für diese Zusammenarbeit Panzer benötigt? Der Verdacht drängt sich auf, dass das Bundeskriminalamt verstärkt zum Repressionsapparat werden soll. Die Panzer würden wohl vor allem im Inneren eingesetzt. Auch für das Niederschlagen von Demonstrationen? Die Bundesregierung sollte den Antrag schnell wieder zurückziehen. Sonst setzt sie sich erneut dem Verdacht aus, unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung den Überwachungs- und Repressionsstaat errichten zu wollen. (www.ulla-jelpke.de)

Ziemlich schlechte Gründe für Lohnsenkungen

Am Mittwoch, 14. November 2001, legte der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (Die „Fünf Weisen“) sein Jahresgutachten vor. Alles zusammen mit Kommentaren, Statistiken und Anhangsanalysen ein reichliches Papier-, bzw. Datenvolumen von mehr als 600 Seiten. (Der Bericht ist mit Tabellenwerk im Internet abrufbar bei www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de) In Verlängerung der Schröderschen „ruhigen Hand“ gab der Sachverständigenrat seinem Bericht den Titel: „Für Stetigkeit – gegen Aktionismus“. „Wegen der außergewöhnlichen Unsicherheit in diesem Jahr“ sei es besonders schwierig, Prognosen zu treffen, bedauern „die Weisen“, scheuen sich aber nicht, aus ihren unsicheren Prognosen die „sichere“ Empfehlung der Lohn- und Tarifrückhaltung zu treffen.

Die Aussagen des Berichtes, bzw. der Vertreter des Sachverständigenrates auf der Pressekonferenz am 14. November sind (nach dpa-Meldungen zur Pressekonferenz und Jahresgutachten.):

Einerseits Prinzip Hoffnung bei steigender Arbeitslosenzahl: Es werde einen allmählichen Aufschwung im kommenden Jahr geben, aber dennoch im Schnitt nur ganze 0,7 Prozent Wirtschaftswachs-

tum im Bundesgebiet. Die Arbeitsmarktpolitik sei verheerend. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen werde 2002 um 109.000 auf 3,96 Millionen steigen. Einschließlich der verdeckten Arbeitslosigkeit, zu denen auch staatlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse gezählt werden, seien es sogar wieder 5,7 Millionen wie bereits im Jahr 2000.

Ratsmitglied Rürup: „Wir sind in einer Rezession“. Es handele sich um die schlechteste aller Voraussagen der Wirtschaftswissenschaft in den letzten Wochen und Monaten. Der Vorsitzende Donges: „Der Befund ist nicht schön“. Aber der Steuer- und Haushaltspolitik der Regierung gab er beste Noten: „In der Finanzpolitik wurde mit der Steuerreform und einer glaubhaften Haushaltskonsolidierung der richtige Weg eingeschlagen“, so auch das Gutachten. Der Konsolidierungskurs müsse fortgesetzt werden, um eine auf Dauer tragbare Finanzlage der öffentlichen Hand zu gewährleisten. Auch solle Eichel die „automatischen Stabilisatoren“ im Haushalt 2002 wirken lassen und nicht mit Sparmaßnahmen gegen konjunkturbedingte Steuerausfälle und Mehrausgaben vorgehen. Insofern wird sich Eichel bei seinem haushaltspolitischen Restriktionskurs also auf den

Sachverständigenrat in Zukunft berufen.

Auch der Sachverständigenrat stellt erstmals seit den 70er Jahren einen gemeinsamen Wirtschaftsabschwung in den drei großen Industriezentren Westeuropa, Japan und USA fest: „Die konjunkturelle Lage und die wirtschaftlichen Aussichten haben sich in diesem Jahr weltweit verschlechtert. Die drei großen Wirtschaftsräume befinden sich gleichzeitig in einer kritischen Lage: In den Vereinigten Staaten kam es zu der befürchteten harten Landung, in Japan ist kein Ende der nun schon elf Jahre dauernden Stagnationsphase abzusehen, und in der Europäischen Union entwickelt sich die Binnennachfrage weit schwächer als im Vorjahr.“ (Gutachten)

Während die CDU/CSU-FDP-Opposition Eichel im Bundestag noch vorwirft, er schiebe die Rezession in den USA und die Folgen des Anschlages vom 11. September als Begründung für die schlechte Wirtschaftsentwicklung nur vor, enthält der Sachverständigenbericht einen aufwendigen Analyseteil, in dem die Erkenntnis der wachsenden Verflechtung der Konjunkturentwicklung zwischen USA und Deutschland ausgeführt wird. Neben den direkten Verflechtungen

Auszug aus Tabelle 19 des Sachverständigengutachtens – Unternehmens- und Vermögenseinkommen – Gesamtwirtschaft in Mrd. DM

Jahr ¹⁾	Unternehmens- und Vermögenseinkommen ²⁾	Saldo der Vermögenseinkommen mit der übrigen Welt	Zusammen	Kapitalgesellschaften						
				Betriebsüberschuss	nachrichtlich					
					empfangene Vermögenseinkommen ³⁾	geleistete Vermögenseinkommen ⁴⁾	Unternehmensgewinne	geleistete Ausschüttungen und Entnahmen	reinvestierte Gewinne an die übrige Welt	Primäreinkommen ⁵⁾
				+	+	-	=	-	-	=
1991	628,12	31,96	596,16	246,27	606,36	486,78	365,85	274,76	3,56	87,53
1992	638,13	34,55	603,58	224,24	661,62	543,44	342,42	270,19	- 7,44	79,67
1993	621,75	28,55	593,20	202,70	668,85	546,64	324,91	271,29	- 5,56	59,18
1994	667,81	5,78	662,03	246,66	677,05	526,13	397,58	333,86	- 1,32	65,04
1995	708,80	4,17	704,63	270,06	675,66	527,60	418,12	313,37	- 3,52	108,27
1996	736,38	3,78	732,60	271,92	691,94	540,00	423,86	307,65	- 6,81	123,02
1997	773,34	1,10	772,24	306,63	744,03	575,03	475,63	355,75	- 0,80	120,68
1998	805,08	- 11,37	816,45	350,10	815,81	620,59	545,32	432,22	- 1,00	114,10
1999	793,78	- 10,73	804,51	335,53	819,41	635,60	519,34	454,19	- 8,80	73,95
2000	814,72	1,48	813,24	363,28	926,75	702,66	587,37	523,20	- 8,80	72,97



Flaute in der IT-Industrie: Leere Produktionshalle eines Chipherstellers in Böblingen.

von Handel, multinationalen Unternehmen und Finanzmärkten stellt der Rat zunehmende Durchdringung beider Märkte auch bei Dienstleistungs-Exporten fest. Hinzu komme die „Globalisierung der Stimmungen von Verbrauchern und Investoren“.

Reichlich einfallslos daran ist das Fazit: Deutschland musste schließlich in eine Rezession abgleiten, weil die enge Verflechtung mit den USA keine andere Möglichkeit ließ. Dies führt bei geplanten gemeinsamen Militäroperationen „zur Bekämpfung des Terrorismus“ eher zu einer düsteren Perspektive. Solange Verbraucher und Investoren „sich aus Angst zurückhalten“, hätte auch Deutschland kaum eine Chance zu einem eigenen Wachstum. Während also die Finanzpolitik der Regierung gutachterlich voll abgesichert wird und Konjunkturmaßnahmen abgelehnt werden, wird zugleich die stimulierende Wirkung weiterer Zinssenkungen eher klein geschrieben.

Der Rat konzentriert seine Besetzungswünsche voll auf die Lohn- und Tarifpolitik. Er plädiert für eine Lockerung der Tarifbindung und will in der nächsten Tarifrunde sogar eine Lohnentwicklung unter dem Produktivitätsfortschritt erreichen. Minderheitsforderungen des Ratsmitglieds Jürgen Kromphardt nach Einbeziehung auch der Preisentwicklung mit höchstens plus zwei Prozent konnten sich nicht durchsetzen.

Eine Gegenstellungnahme zu den Aussagen und Intentionen des Sachverständigenratgutachtens gab zu dessen Veröffentlichung am 14.11. der Bremer Wirtschaftswissenschaftler Hickel (Mitautor des alljährlichen Gegengutachtens der „Memorandumgruppe“ ab:

„Die „Fünf Weisen“ haben nichts begriffen“, sagte Hickel der dpa zu den wirtschaftspolitischen Empfehlungen des Rates... Richtig sei die Einschätzung, dass die Konjunktur doch nicht so laufe wie sich das die Regierung vorstelle, sagte Hickel, der auch Wortführer einer mehr auf die Nachfragestützung orientierte Wirtschaftspolitik ist. Wenn man die Einkommensteuern pauschal noch einmal um zehn Prozent senken wollte, habe dies prozyklisch schädliche Wirkungen für die Konjunktur zur Folge. Die Kommuni-

ken würden noch einmal auf die Bremsen treten. Dabei komme es gerade auf die Investitionen der Städte und Gemeinden an. Diese müssten finanziell besser ausgestattet werden, forderte Hickel. Dies sei „ein wichtiger Schlüssel für alles“. Er denke nicht an Riesen-Milliarden-Beträge, sondern ein Vorziehen ohnehin geplanter Projekte. Wichtig sei auch, dass konjunkturbedingte Defizite in den öffentlichen Haushalten hingenommen würden... Eine straffe Flexibilisierung des Arbeitsmarktes helfe der jetzt dringend nötigen Schaffung von Binnenkaufkraft ebenso wenig wie eine übertrieben restriktive Lohnpolitik. Das habe jetzt das Rats-Mitglied Jürgen Kromphardt in einem Minderheitsvotum deutlich gemacht...“ (dpa)

Während die Quintessenz: keine Konjunkturmaßnahmen zur Belebung der Nachfrage, weiterhin restriktive Geldpolitik, Lohnsenkung und Tariflockerung als Allheilmittel zur Wirtschaftsbelebung wenig originell und grundsätzlich bekannt ist, überrascht doch die schwache Fundierung des „Prinzips Hoffnung“ auf den nächsten Aufschwung im Sachverständigenratgutachten. „Einer allmählichen Verbesserung der konjunkturellen Entwicklung im Verlauf des nächsten Jahres messen wir die höchste Eintrittswahrscheinlichkeit bei.“ (Jahresgutachten) Nach materiellen Gründen – statt der Aussage, nach Abschwung kommt auch wieder Aufschwung – für einen Verbesserung des wirtschaftlichen Wachstums sucht man im ganzen Bericht vergebens. Die Interneteuphorie ist verfliegen, der „neue Markt“ liegt am Boden, die Hoffnung auf Dienstleistungswachstum ohne Wachstum der Industrieproduktion hat sich als trügerisch herausgestellt, in der Informationstechnologie ist der Markt erst mal gesättigt, ob mit Handys, PCs oder Computernetzwerken.

Insofern spricht eigentlich derzeit alles dafür, wogegen der Sachverständigenrat anspricht: Belebung der Binnen- nachfrage durch privaten und öffentlichen Verbrauch, Anhebung der Lohn- einkommen statt ständig wachsende private Ausschüttungen für Luxuskonsum und Aufschätzungen bei „Unternehmens- und Vermögenseinkommen“.

chc

Bankenstellungnahmen zum Sachverständigenratgutachten

„Der Sachverständigenrat zeigt sich verhalten, was die Entwicklung in der Euro-Zone als auch in Deutschland angeht. Auch wir sehen eine eher moderate Entwicklung im zweiten Halbjahr dieses Jahres sowohl in der Euro-Zone als auch in Deutschland. Die Zahlen schließen eine Rezession in Deutschland nicht aus. Im vierten Quartal 2001 und im ersten Quartal des nächsten Jahres sind negative Wachstumsraten durchaus möglich angesichts der vorgelegten Zahlen. Konjunkturindikatoren deuten eher auf einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland hin. Wir gehen von einer Schrumpfung im dritten Quartal aus, die sich im vierten Quartal fortsetzen wird. Die Zahl der Arbeitslosen sehen wir zudem schon im Verlauf des Dezembers bei den vier Millionen Arbeitslosen angekommen.“
BHF-Bank, Uwe Angenendt

„Die Zahlen bestätigen die Erwartungen der vergangenen Wochen, dass die Prognosen noch einmal nach unten angepasst werden mussten. Die Stimmungsverschlechterung hat sich schon beim Ifo-Index gezeigt. Auch die Auftragszahlen haben einen deutlichen Rückgang gezeigt.“

In Deutschland ist für das vierte Quartal wohl mit einem Minuswachstum zu rechnen und auch für das erste Quartal 2002 ist nur wenig zu erwarten. Wenn man aber schon mit niedrigen Wachstumswerten in ein Jahr geht, ist für das Gesamtjahr nicht mit hohen Raten zu rechnen. Dass für 2002 aber ein Wachstum von 0,7 Prozent erwartet wird, zeigt, dass der Sachverständigenrat mit einer Erholung im zweiten Halbjahr rechnet. Interessant ist, dass der Rat offenbar eine Finanzpolitik der ruhigen Hand empfiehlt. Es wird wohl davon ausgegangen, dass wir 2002 in die Nähe des im Maastricht-Vertrag festgelegten Defizitziels kommen werden. Aber Platz für ein beispielsweise ein Vorziehen von Stufen der Steuerreform ist deswegen wohl nicht.

Commerzbank, Christoph Hausen

„Die Wachstumswerte decken sich weitgehend mit unserer Prognose. Deutschland würde damit gerade noch an einer Rezession vorbeischnappen. Da der Aufschwung kaum im ersten Quartal 2002 kommen wird, muss selbst für ein Wachstum von 0,7 Prozent im nächsten Jahr eine beachtliche Beschleunigung in der zweiten Jahreshälfte kommen. Dafür wäre zudem noch eine geldpolitische Lockerung der EZB vonnöten.“

Deutsche Bank, Research, Ulrich Beckmann

Schröder führt

Der bei Redaktionsschluss noch tagende Nürnberger Parteitag der SPD hat Kanzler Schröder mit großer Mehrheit im Amt des Parteivorsitzenden bestätigt. Die mit diesem Ziel gehaltene Grundsatzrede* wand sich um einen Gedankengang: Die rot-grüne Regierungskoalition habe eine Reihe von Reformen in Gang gebracht, die unter einer anderen Konstellation nicht Bestand haben würden. Namentlich erwähnte Schröder dabei Steuerreform und Haushaltskonsolidierung, Betriebsverfassung, Atomausstieg und Einstieg in eine bessere Energieversorgung, Agrarpolitik als Verbraucher-Politik, modernes Zuwanderungsrecht, Gesetz über die Lebenspartnerschaften. Insgesamt mehr Selbstbestimmung: „mehr



Verantwortung für sich selbst ... übernehmen“, ... „selbst zu bestimmen, wie ... leben, sich ernähren“. Mehr Selbstbestimmung auch bei der Rente, nämlich darüber, „wie viel Vorsorge man für das Alter treffen wolle“.

Mit diesem Vortrag blieb Schröder ganz im Bannkreis seiner eigenen taktischen Erleuchtung, der unechten Vertrauensfrage, bei der es nicht mehr darum geht festzustellen, ob die Exekutive für eine Maßnahme eine Mehrheit hat, sondern darum, ein Vorhaben, für das keine Regierungsmehrheit besteht, durch sachfremde Verknüpfung dennoch zur gesetzlichen Tatsache zu machen.

Der Schaden, den dieses Manöver der Demokratie zufügt, wird sich erst auf mittlere Frist zeigen. Zwei Grundelemente der Staatsform der demokratischen Republik wurden gerammt:

erstens die Annahme, dass Vernünftige sachlich diskutieren, so dass sich Mehrheiten in Abstimmung über dieselbe Sache bilden und nicht so, dass z.B. Schwüle für den Krieg und außenpolitischen Interventionismus stimmen müssen, damit ihnen die Möglichkeit bleibt, eine Lebenspartnerschaft eingehen zu können.

Zweitens geht die damit eng verbundene Vorstellung gewissenhaften Handelns der Abgeordneten unter. Diese werden nämlich gezwungen, Dinge gegen-

einander abzuwägen, die nicht kausal zusammenhängen, sondern bloß durch die Willkür eines Machthabers miteinander verknüpft wurden.

Diese Probleme sind hier und da erörtert worden, durchweg so, dass die Verfassung dem Bundeskanzler das Recht gebe, auf diese Weise zu herrschen. Aber diese Überlegungen sind interessiert, und ihnen ist nicht zu trauen. Denn noch nicht einmal in der Geschichte der BRD ist so offen thematisiert worden, dass die Regierung zu einem Handeln finden müsse, für das in der Bevölkerung keine Mehrheit besteht.

Der jetzt laufende Parteitag der SPD und der demnächst folgende der Bündnisgrünen sehen sich vor der Aufgabe, diese Tatsache: Handeln gegen den Willen der Bevölkerung! zu überkleistern. Sie müssen den illegitimen Herrschaftsakt legitimieren. Das wird die Beziehung zwischen den Parteien und der Bevölkerung belasten. Nicht nur bei der Grünen. Auch bei der SPD, klagt Schröder, seien „einige gegangen“.

Seltsamerweise hält Schröder seine Masche, sich mit Tricks aus der Affäre zu ziehen und Zustimmung darzustellen, wo sie nicht ist, für ein Zeichen von Verantwortlichkeit. Dabei handelt es sich eher um Ratlosigkeit. Diese Regierung hat, genauso wenig wie die Parteien, die sie tragen, eine Vorstellung, was angebracht sei, um dem erkennbaren Wunsch der Bevölkerung nach entoder demilitarisierter deutscher Außenpolitik Wirkung zu verschaffen.

Dunkel wird von Bündnispflichten schwadroniert, eine ernstzunehmende Diskussion der tatsächlichen Reichweite jener Verpflichtungen gibt es nicht, niemand lotet aus, was aus einer Tendenz der BRD zur militärischen Enthaltensamkeit für die internationalen Beziehungen denn Schreckliches (?) folgen sollte. Darum kümmert sich niemand, weil es keine Kundschaft gibt. So wie die Kunst geht auch die Wissenschaft nach dem Brot. Nicht weil es, wie Schröder herleiert, keine Alternative gäbe, sondern weil die wirtschaftlich und politisch Mächtigen eine solche Alternative nicht wollen und weil es den Führungskräften bei der SPD und den Grünen gleichgültig geworden ist, dass breite Bevölkerungskreise eine solche Alternative durchaus wollen. Eine derartige Unempfindlichkeit für Demokratie, die SPD hatte sie schon einmal, geführt durch den damaligen Bundeskanzler Schmidt, entwickelt, provoziert Verschiebungen im Parteigegefüge. Nach links, weil sich eine verglichen zur herrschenden Politik friedfertige öffentliche Meinung parteipolitischen Ausdruck sucht, nach rechts, weil die Lädierung von Demokratie durch Diktate Mächtiger den Kultus von Führer und Gefolgschaft stärkt. maf

* www.spd-parteitag.de. Grundsatzrede Gerhard Schröder, Vorsitzender der SPD, 19.11.2001, 13 Uhr

Taliban vertrieben

Afghanistan unter imperialistischer Herrschaft

Schneller als erwartet haben die US-Bombardements, begleitet von einer Offensive der sog. Nordallianz, das Taliban-Regime praktisch gestürzt. Innerhalb von sechs Tagen wurden die Taliban aus nahezu allen Städten und vom Schlachtfeld vertrieben. Gegenwärtig (19.11.) hält sich ihr Widerstand vor allem noch in Kandahar im Süden des Landes. Dagegen scheint Kunduz, die letzte von den Taliban gehaltene Stadt im Norden, kurz vor dem Fall zu stehen.

Bisher also scheinen die USA zumindest eines ihrer erklärten Kriegsziele – die Zerschlagung des Regimes der Taliban – zu erreichen. Allerdings ist noch nicht ausgemacht, ob und in welcher Stärke sich die Taliban – wie sie ankündigten – in die Berge zurückziehen können, um von dort einen langandauernden Guerillakrieg aufzunehmen. Dies jedenfalls schließen die US-Militärs nicht aus. So erklärte US-Admiral Stufflebeem vor der Presse: „Im Kampf gegen die Sowjetunion lebten sie in den Höhlen im Süden, die sie als Basis für ihre Überfälle benutzten. Es könnte also sein, dass sie sich wieder dorthin zurückziehen, um sich neu zu gruppieren.“ Er kündigte damit nicht zuletzt den weiteren unbefristeten US-Militäreinsatz an: „Wir haben noch einen schwierigen Job vor uns, der noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird.“¹

Unabhängig davon sehen sich die USA und ihre Verbündeten mit neuen, unerwarteten Hindernissen konfrontiert, und zwar ausgerechnet durch die Nordallianz. Die hatte zunächst trotz der Warnung der US-Regierung, mit der Einnahme Kabuls zu warten, die Hauptstadt militärisch übernommen und damit ihre Anspruch auf die Macht bekräftigt. Inzwischen hat ihr aus dem Exil zurückgekehrter Präsident Rabbani diesen Machtanspruch mit der Ankündigung unterstrichen, baldmöglichst eine Regierung bilden zu wollen. Zugleich forderten Sprecher der Nordallianz ultimativ den Abzug von rund 100 britischen Marines, die mit der Begründung, humanitäre Hilfe sichern zu wollen, die zuvor heftig bombardierte Luftwaffenbasis Bagram besetzt hatten. Wie sich inzwischen herausstellte, bilden die 100 Elitesoldaten lediglich den Vorhut: Planmäßig hätten ihnen diese Woche bis zu 6000 britische Soldaten sowie ein französischer Vor-

trupp folgen sollen. Der Plan wurde nur aufgrund des Widerstandes aus der Nordallianz und der damit verbundenen Risiken vorübergehend ausgesetzt.

Der Konflikt wirft einen Augenblick lang ein Schlaglicht auf das weit über den Sturz des Taliban-Regimes und die Ausschaltung Osama Bin Ladens und seiner Organisation hinausreichende Kriegsziel der USA und ihrer Verbündeten. Die 6000 britischen Soldaten, die angeblich zur Lieferung und Verteilung humanitärer Hilfe eingesetzt würden, sollen nämlich in Wirklichkeit den Kern der „internationalen Friedenstruppe“ bilden, deren Zusammenstellung und Einsatz die UNO zur Zeit fieberhaft vorbereitet. Bevor das aus diplomatischen Kreisen in die Öffentlichkeit sickerte, war in den Medien zu lesen und zu hören, dass diese UNO-Truppe von der Türkei geführt und überwiegend von der Türkei, Indonesien und Bangladesch, auf jeden Fall aber ausschließlich von islamischen Ländern gestellt werden sollte.² Sie soll in einer mehrjährigen Übergangszeit – mal ist von zwei, mal von drei, mal von noch mehr Jahren die Rede – „zur Wahrung der Sicherheit und des Friedens“ in Afghanistan zum Einsatz kommen. In diesem Zeitraum soll, während die Gewehrläufe der UNO-Truppe der „internationalen Gemeinschaft“, konkret den kriegführenden Westmächten die Macht in Afghanistan sichern, ein provisorischer Rat unter Beteiligung aller ethnischen Gruppierungen in Afghanistan und unter dem Vorsitz des früheren Königs eine Art Übergangsregierung bilden und eine Verfassung ausgearbeitet werden. So der Plan der USA und ihrer Verbündeten, den sich die UNO zu eigen gemacht hat.

Tatsächlich handelt es sich um einen Plan nicht für Frieden und Unabhängig-



6000 britische Fallschirmjäger und Eliteeinheiten stehen in Oman zum Einsatz in Afghanistan bereit

keit für Afghanistan, sondern zur Errichtung direkter imperialistischer Kontrolle über die Region. Zutreffend bemerkte der britische Sozialhistoriker und Philosoph Eric J. Hobsbawm schon vor dem Sturz der Taliban in einem Interview mit „L'Humanité“: „Man spricht jetzt über die Vertreibung oder den Sturz des Regimes in Afghanistan, aber dessen Ersetzung durch ein provisorisches Regime unter Kontrolle der UNO, wie ich es sagen höre, erinnert mich an die Zeit nach 1918, wenn neue Kolonien als Völkerbundmandate getarnt wurden.“³

So lassen sich die USA und ihre Verbündeten von der Nordallianz vielleicht kurzfristig aufhalten, aber nicht stoppen. Dabei sind sie weiter bemüht, ihr Kriegsziel zu verschleiern: die Kontrolle über das wegen seiner geostrategischen Lage nahe den riesigen Öl- und Gasreserven der kaspischen Region bedeutsame Land zu erlangen und zu halten.

Mit massiven Drohungen und großzügigen Versprechungen bearbeiten sie die Nordallianz, und es scheint ihnen zu gelingen, Kräfte der Nordallianz, von denen behauptet wird, sie seien „gemäßigt“, an sich zu binden. Dabei nutzen und schüren sie die in dieser nur durch ihre Feindschaft gegen die Taliban zusammengehaltenen Allianz herrschenden Feindschaften und Spaltungen. Wen sie gestern noch gegen die Taliban benutzten, steht ihnen heute im Weg. Schon tönt der britische Premierminister Blair, dass nur jene an der neuen Regierung beteiligt würden, die nachweisen könnten, dass sie nicht länger in den Drogenhandel verwickelt sind.⁴ Dazu lassen die Berichte über Gräueltaten der Nordallianz-Soldateska – Massenmorde an Taliban-Kämpfern, die sich ergeben haben, Hinrichtungen, Vergewaltigungen – und über die katastrophale Situation von Millionen Menschen kaum Zweifel, wie schwer der Weg zu Frieden und wenigstens das Überleben sichernden Bedingungen in Afghanistan ist. Es ist zu befürchten, dass man nicht lange wird warten müssen, bis die von den kriegführenden Mächten dominierte „internationale Friedenstruppe“ tatsächlich als einziger Garant gegen endlose Bürgerkriege, fortgesetzte Unterdrückung der Zivilbevölkerung und millionenfachen Hungertod erscheint. Mit ihrer Stationierung kämen die USA und ihre Verbündeten ihrem Kriegsziel einen großen Schritt näher.

Derweil nehmen sie bereits den nächsten Kriegsgegner ins Visier: den Irak. Zum Auftakt der Überprüfungs- und



Die Bundeswehr bereitet sich auf ihren aktiven Einsatz im „Krieg gegen den Terrorismus“ vor. Bild: Fuchs-Spürpanzer in Sonthofen. Derweil versucht die Regierung in die Rolle des „ehrlichen Maklers“ zu schlüpfen. In Berlin (oder Bonn) soll die Konferenz stattfinden, in der die UNO eine Übergangsregierung bilden will. Der deutsche Diplomat Klaus Klaiber soll die EU in den Afghanistan-Verhandlungen vertreten. Die Berliner Zeitung kommentiert: „Wenn Berlin jetzt an vorderster Stelle mitbestimmen will in der politischen Neugestaltung Afghanistans, dann werden die EU/Nato-Partner wie auch die Afghanen daraus nachvollziehbare Ansprüche für die Zukunft ableiten: Dann wird es für Deutschland um so schwerer sein, die Beteiligung an einer multinationalen ‚Schutztruppe‘ abzulehnen.“ (20.11.)

die internationale Biowaffen-Konvention bezeichneten die USA, selbst Produzent von Biowaffen, den Irak „als die größte Gefahr für die internationale Sicherheit nach der Terrororganisation El Kaida von Osama Bin Laden“ (dpa).

Irak im Visier der USA

In einem Beitrag für die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ (11.11.) hatte der frühere nationale Sicherheitsberater des US-Präsidenten Carter, Brzezinski, der nach wie vor über großen Einfluss auf die US-amerikanische Politik und Öffentlichkeit verfügt, offen für einen neuen Krieg gegen den Irak plädiert: „Die Explosivität des Pulverfasses Naher Osten und der Umstand, dass der Irak über das Motiv, die Mittel und Psychopathologie verfügt, dem terroristischen Untergrund Hilfe zu gewähren, können nicht aus dem legalistischen Grund ignoriert werden, dass ‚Beweise‘ für eine Verwicklung des Irak in die Anschläge des 11. nicht vorliegen. Dieser Bedrohung muss politisch und militärisch begegnet werden.“⁵

scc

1 Zitiert nach: Rainer Rupp, Gefahr aus den Bergen, in: junge Welt, 16.11.

2 NZZ, 14.11.

3 Das Interview erschien in deutscher Übersetzung unter dem Titel „Die USA: ‚Zu allmächtig, zu triumphal‘, Eric Hobsbawm über die Protektorate eines neuen Kolonialismus“, in: Freitag, 26.10.01

4 Rainer Rupp, Britische Soldaten sind in Afghanistan nicht willkommen, 19.11.

5 Quelle: www.friedensratschlag.de, Amerikanische Vorherrschaft gegen die „globale Anarchie“

Staatsterror gegen Todesfastende und ihre Unterstützer

Etwa 1000 Polizisten überfielen am 5. November im Istanbul Stadtteil Küçükarmutlu Teilnehmer und Teilnehmerinnen an einer Solidaritätsaktion für die seit über einem Jahr hungerstreikenden politischen Gefangenen. Solche Angriffe fanden hier in den vergangenen Wochen schon mehrfach statt, doch dieser war besonders schwerwiegend: Inzwischen sieben Tote, darunter drei, die sich aus Protest selbst verbrannten, und viele Verletzte waren die Folge.

Polizeiaktion fordert sieben Tote und Verletzte

Eine Abordnung der Istanbul Zweigstelle des Menschenrechtsvereins IHD, die den Ort des staatlichen Verbrechens aufsuchte, berichtete:

„Unsere Delegation hat den Ort des Geschehens um 17.15 Uhr erreicht. Da die Einfahrt zum Viertel mit Polizeipanzern versperrt war, konnten wir nur über Umwege nach Küçükarmutlu gelangen.

Bei unserer Ankunft war der Strom im Viertel abgestellt, das Viertel sah verlassen aus, es herrschte Totenstille, nur ganz wenige Menschen waren zu sehen. Die Polizei hatte sich aus dem Inneren des Viertels zurückgezogen und an den Einfahrten stationiert.

Aus den Schilderungen von AugenzeugInnen gegenüber unserer Delegation: Um 15 Uhr wurde eine Operation durchgeführt, an der bis zu 1000 maskierte Bereitschaftspolizisten und Spezialeinheiten beteiligt waren. Nach Informationen von AnwohnerInnen kam die Polizei plötzlich von zwei Seiten ins Viertel; es wurde gezielt und ungezielt geschossen. Polizisten positionierten sich auf den Dächern, und unter Schüssen bewegten sie sich auf die Todesfastenhäuser zu. Nach Angaben der AnwohnerInnen wurde weder von den Todesfastenhäusern noch von Personen, die sich zur Unterstützung in der Umgebung und an den Barrikaden aufhielten, Widerstand gegen die Polizei geleistet. Eine Person namens Ali Haydar Bozkurt hat sich aus Protest gegen die Operation selbst angezündet, woraufhin die Polizei das Feuer auf ihn eröffnete und damit verletzte. (...) Später wurden die Leichname von vier verbrannten Personen übereinander geworfen. Auch die Verletzten wurden zunächst auf den Boden gelegt, nach einer langen Zeit schließlich über den Boden schleifend in Krankenwagen verfrachtet.“

Ein Sprecher des Rechtsbüros des Volkes wandte sich ausdrücklich gegen die Darstellung der Polizei, wonach sie keine Waffen eingesetzt habe, sondern die Getöteten sich selbst verbrannt hätten. Eine der Getöteten war im Todesfasten

und wäre nicht einmal in der Lage gewesen, sich selbst anzuzünden. Drei weitere Getötete seien BetreuerInnen, die keinen Grund gehabt hätten, sich selbst zu verbrennen. Eine von ihnen sei durch einen gezielten Kopfschuss ermordet worden. Die Darstellung der Angehörigen, dass alle beim Polizeiangriff Getöteten Schussverletzungen aufwiesen, wurde ebenso durch das Krankenhaus bestätigt.

Aus Protest gegen den Polizeiangriff auf Küçükarmutlu haben sich drei todesfastende Gefangene selbst verbrannt, zwei von ihnen erlagen inzwischen ihren Verletzungen.

Ausnahmezustand

Zu einem weiteren Angriff auf Küçükarmutlu und auf Alibeyköy (Istanbul) kam es 13. November. Erneut überfielen Polizei und Sondereinheiten Häuser, in denen Angehörige und Freunde der todesfastenden Gefangenen sich aus Solidarität ebenfalls im Todesfasten befanden. Insgesamt wurden 19 Menschen festgenommen, die meisten von ihnen wurden ins Krankenhaus gebracht, wo ihnen jedoch jede medizinische Behandlung verweigert wurde.

Die Lage in Küçükarmutlu schildert ein Bericht in Özgür Politika folgendermaßen:

„Die Fati-Sultan-Mehmet-Brücke am Eingang zum europäischen Kontinent trennt zwei sehr verschiedene Welten voneinander. Auf der einen Seite liegt Etlik, das bekannt ist als der Ort, an dem die Society ihr Nachtleben verbringt. Auf der anderen Seite befindet sich Küçükarmutlu, das durch das Todesfasten häufig in den Nachrichten war, wo Barrikaden errichtet wurden, Straßenschlachten mit der Polizei stattfanden und Armut herrscht. Nach den Polizeioperationen hat sich das Leben im Viertel sehr verändert.

An der Einfahrt ins Viertel werden Sicherheitskontrollen durchgeführt, die schärfer sind als an der Landesgrenze. Jedes Fahrzeug wird angehalten und kontrolliert, Ausweise werden ausgiebig studiert. An jeder Straßenecke begegnen einem Polizeipanzer und die „Skorpion“ genannten gepanzerten Fahrzeuge. Auf den Hausdächern stehen maskierte Sondereinheiten mit langläufigen Waffen in der Hand Wache.

Die Endhaltestelle der Stadtbusse ist

durch ein riesiges Polizeiaufgebot besetzt. Die mit Sandsäcken geschützten Wachhäuschen vermitteln Kriegs Atmosphäre. Vor dem Haus, in dem bei der Operation vier Menschen starben, warten Panzerfahrzeuge. Es wird als Polizeiquartier benutzt. Die Parolen an den Häuserwänden in Küçükarmutlu sind mit gelber Farbe überstrichen worden. Es gibt fast kein Haus, das von der gelben Farbe verschont geblieben ist. Auf dem höchsten Hügel wurde die türkische Fahne gehisst. In Küçükarmutlu, wo 3.500 Menschen leben, sind 500 Polizisten eingesetzt. Das heißt, dass auf sieben Einwohner ein Polizist kommt.“

Ein neues Terrorgesetz wird verabschiedet

Das Todesfasten politischer Gefangener, vor allem auch der DHKP-C, gegen die Durchsetzung der Isolationshaft nach



Bereits im September hatte die Polizei das Viertel angegriffen und mehrere Menschen verletzt sowie 150 festgenommen. Das Bild zeigt die Gegenwehr, mit denen die Bewohner verhinderten, dass die Solidaritätshäuser geräumt wurden.

Stammheimer Vorbild hält inzwischen mehr als ein Jahr an. Über 70 Menschen wurden bei Angriffen von Polizei, Militär und Spezialeinheiten getötet bzw. starben im Todesfasten und infolge der Zwangsernährung, ganz überwiegend Gefangene, aber auch Angehörige und Freunde, die sich aus Solidarität dem Todesfasten angeschlossen hatte. Die türkische Regierung ist brutal entschlossen, den Widerstand gegen die Isolationshaft, koste es, was es wolle, zu brechen. Zur Zeit befindet sich ein Gesetzentwurf in der parlamentarischen Beratung, mit dem Aufrufe zu einem Hungerstreik mit zwei Jahren Gefängnis, und die Verhinderung von Zwangsernährung durch Angehörige Hungerstreikender mit bis zu 20 Jahren Gefängnis bedroht werden. scc

Quellen: Kurdistan Rundbrief 23, Özgür Politika, verschiedene Ausgaben in der Übersetzung von ISKU, SZ, 16.11.

Regierung unter Druck

Zunehmend nervös operiert die serbische Regierung unter Ministerpräsident Djindjic. Offenbar hat sie in der kurzen Zeit ihrer Tätigkeit das Vertrauen der Regierten in erheblichem Maße eingebüßt. In den letzten Wochen haben drei Ereignisse die Regierung in einige Turbulenzen gebracht: erst die Auseinandersetzungen um das neue Arbeitsgesetz, dann ihre Haltung zu den Wahlen im Kosovo und schließlich die in diesen Tagen beendete Revolte einer militärischen Sondereinheit.

Ende Oktober zogen mehrere Tausend Gewerkschaftler vor das serbische Parlament, in dem über das neue Arbeitsgesetz beraten werden sollte. Aber offenbar war die Furcht von Regierung und Abgeordneten so groß, dass sie am Abend vor dem Beratungstag und der angekündigte Demonstration die Debatte um die Vorlage cancelten und auf einen anderen Termin verschoben. Begründung: Es sollten die Einsprüche der Gewerkschaften genauer geprüft werden.

Ein Jahr nach dem Sturz Milosevics ist im ganzen Lande von Aufschwung keine Spur zu sehen. Im Gegenteil: In dem Maße, wie die Kaufkraft weiter gesunken ist, hat die Verbitterung gegen die Machthaber zugenommen. Djindjic ist alles andere als populär. Er konnte nicht das geben, was von ihm erwartet wurde: endlich ein anständiges Leben für alle. Weder Kosovo noch das Verhältnis zu Montenegro beschäftigt die Bevölkerung, sagt ein unabhängiger einheimischer Politologe, sondern der tägliche Kampf ums Überleben. Nach offiziellen Angaben sind von den rund zweieinhalb Millionen Bewohnern Serbiens im arbeitsfähigen Alter rund 650 000 ohne Beschäftigung. Unabhängige Schätzungen liegen gar um einiges höher. Hinzu kommt, dass über 600 000 Personen nur formell angestellt sind, faktisch jedoch seit Jahren keine Arbeit haben.

Der Entwurf des neuen Gesetzes sieht u.a. eine Abschaffung der Gesamtarbeitsverträge vor. Weiter soll der seit 20 Jahren geltende Mutterschaftsurlaub von gegenwärtig einem auf ein Vierteljahr verkürzt werden. Der Kündigungsschutz soll für jene Stellen aufgehoben werden, die nachweisbar nicht mehr benötigt werden. Wer darüber bestimmt, welche Stellen nicht mehr benötigt werden, und wer bei der Erarbeitung des Gesetzes mit die Feder führt, wird an der Auseinandersetzung am Beispiel des staatlichen Mischbetriebs Zastva in Kragujevac deutlich. Dort wird u.a. der legendäre Kleinwagen Yugo produziert. Heute sind rund 15 000 Menschen dort beschäftigt. Und das sind, wie die *Neue Züricher Zeitung* berichtet, „nach Meinung potenzieller ausländischer Investoren viel zu viele“.

Wahlen im Kosovo

Die Auseinandersetzung um das Arbeitsgesetz ist noch nicht zu Ende, da musste

die Regierung ihre Position zu den Wahlen im Kosovo formulieren. Wie zu erwarten war, haben albanischen Organisation die Mehrzahl der Stimmen bekommen. Sieger wurde Ibrahim Rugova, dicht gefolgt vom ehemaligen UCK-Kommandeur Hacim Thaci. Dieses Ergebnis ist keine Überraschung. Keine Überraschung ist auch, dass Rugova die Abstimmung auch als Abstimmung über die Loslösung des Kosovo von Jugoslawien interpretieren würde. Laut einem Bericht des serbischen Radiosenders B-92 teilte er mit, die Uno-Resolution 1244 garantiere der Bevölkerung Kosovos, über ihre Zukunft selbst zu bestimmen. Somit sei auch die Unabhängigkeit möglich.

Genau diese Haltung hat es der jugoslawischen Regierung lange Zeit versperrt, zu den Wahlen aufzurufen. Erst knapp zwei Wochen vor dem Urnengang hat der jugoslawische Präsident Kostunica den Serben im Kosovo empfohlen, ihr Kreuz zu machen. In Verhandlungen mit dem Chef der Uno-Verwaltung für Kosovo (Unmik), Hans Haekkerup, wurde der Belgrader Führung zugesichert, die Wahlen seien keineswegs ein Präjudiz für die von den Kosovo-Albanern geforderte Unabhängigkeit für die Provinz. Im Laufe der Verhandlungen ließ sich Kostunica dieses Versprechen auch noch telefonisch von UNO-Generalsekretär Annan bestätigen. Obwohl in der Uno-Resolution 1244, der gegenwärtigen Rechtsgrundlage zur Verwaltung Kosovos, die Provinz unmissverständlich als integraler Teil Jugoslawiens bezeichnet wird, wollte der Präsident des jugoslawischen Koordinationskomitees für Kosovo, Covic, zudem sich persönlich absichern, dass diese Grundlage auch nach den Wahlen gilt. Er begab sich darum nach New York, wo ihm vom Uno-Sicherheitsrat am 6. Oktober garantiert wurde, dass eine Unabhängigkeit Kosovos nicht in Frage komme.

In ihren Verhandlungen mit Unmik machten die Serben eine Teilnahme am Urnengang von einer ganzen Reihe von weiteren Forderungen abhängig. So verlangten sie unter anderem verbesserte Sicherheit und Bewegungsfreiheit in ganz Kosovo, Unparteilichkeit der lokalen Justiz, Garantien für eine sichere Rückkehr der Vertriebenen, Informationen über das Schicksal aller Vermissten und die strafrechtliche Verfolgung jener Personen, die den Besitz von Serben und anderen Minderheiten geplündert hatte.

Nicht zufrieden mit diesen Erklärungen waren trotzdem die „serbische Widerstandsbewegung im Kosovo“, deren Chef Momcilo Trajkovic zu Wahlboykott aufrief, und die „Bewegung der Familien der vermissten Serben“. Sie hatten gehofft, mehr über das Schicksal der Verschwundenen zu erfahren.

Von den 120 Sitzen im Parlament in der Provinzhauptstadt Pristina sind 20 Mandate für Minderheiten reserviert worden, davon zehn für Serben. Rund 1,25 Mio. Wahlberechtigte waren zur Stimmabgabe aufgerufen. In den Gebieten von Minder-

heiten wie den Serben habe die Wahlbeteiligung bei 46% gelegen. Von den wahlberechtigten Angehörigen von Minderheiten, die außerhalb des Kosovo lebten, hätten 57% ihre Stimme abgegeben. Etwa 100.000 Serben und Angehörige anderer Minderheiten, die aus Furcht vor Übergriffen der Albaner geflohen waren, hatten sich im übrigen Jugoslawien für die Wahl registrieren lassen. 75.000 Wahlberechtigte der Minderheiten leben derzeit im Kosovo.

Meuterei der serbischen Sonderpolizei

Undurchsichtig sind Verlauf und Ende der Meuterei einer Eliteeinheit der serbischen Polizei. Die in der Vojvodina stationierten sog. „Rotmützen“ waren im vergangenen Jahrzehnt an allen serbischen Kriegsfrenten im Einsatz und hatten sich dabei einen höchst zweifelhaften Ruf erworben. Ihre Protestaktionen der letzten Tage ausgelöst hatten die Verhaftung und anschließende Auslieferung zweier bosnischer Serben nach Den Haag. Die Rotmützen warfen danach Innenminister Mihailovic vor, von ihm hereingelegt worden zu sein. Sie hätten, solange kein entsprechendes Gesetz vorliege, niemals dazu Hand geboten, Serben an das Uno-Tribunal auszuliefern. Konsequenterweise forderten sie daher auch seinen Rücktritt.

Nun wurde wohl ein Kompromiss gefunden. Der Chef der Staatssicherheit und sein Stellvertreter sind ihrer Funktionen enthoben worden. Ihr zuvor eingereichtes Rücktrittsgesuch war von der serbischen Regierung angenommen worden. Der ihnen vorgesetzte Innenminister Mihailovic, der ebenfalls seinen Rücktritt angeboten hatte, wurde hingegen in seinem Amt bestätigt. Das serbische Parlament beschloss dazu, die rebellische Truppe der normalen Polizei zu unterstellen, wo sie allmählich in die Einheit zur Terrorismusbekämpfung eingegliedert werden soll. Ministerpräsident Djindjic bezeichnete die Maßnahme als einen Kompromiss, um im Lande die Ruhe zu bewahren. Zur Besänftigung der Rotmützen soll ein ministerielles Komitee deren Klagen über interne Missstände untersuchen. Djindjic hoffe, dass zukünftige Kriegsverbrecherprozesse gegen Rotmützen vor serbischen Gerichten stattfänden.

Hintergrund dieser ganzen Auseinandersetzung ist wohl vor allem der Streit zwischen dem jugoslawischen Präsidenten Kostunica und Djindjic und dessen putschartige Auslieferung von Milosevic an das Haager Kriegsverbrechertribunal. Auch Kostunica bezeichnete dies, wie jetzt die serbische Sondereinheit, als nicht verfassungsgemäßes Unternehmen.

Die Lage hat sich wohl auch deswegen beruhigt, weil die Partei von Kostunica, die „Serbische Demokratische Partei“, ankündigte, einen Gesetzentwurf zur Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal im Parlament vorzulegen, und dafür sorgte, dass keiner der Aufständischen wegen dieser Aktion vor den Kadi gezerrt wird.

hav



Am 16./17. November tagten im kanadischen Ottawa der IWF und die sog. G 20-Staaten. Während des ganzen Wochenendes fanden zahlreiche Gegenveranstaltungen und Demonstrationen statt, an denen sich bis zu 4000 Menschen beteiligten. Schon im Vorfeld gab es von staatlicher Seite Repressionen gegen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, auch die Demonstrationen wurden mehrfach von Polizeieinheiten angegriffen. Quelle und Bild: Indymedia

Fundamentalistisch motivierter Terror gegen Abtreibungseinrichtungen

Ende Oktober erhielten Abtreibungseinrichtungen in den USA 280, Anfang November 130 Postsendungen, die pulverartige Substanzen enthielten, angeblich Anthrax-Sporen. Einige Briefe enthielten den Hinweis auf die „Army of God“, eine christlich-fundamentalistische Organisation von Abtreibungsgegnern, deren Mitglieder für Morde an Ärzten und Bombenanschläge auf Abtreibungskliniken verantwortlich gemacht werden. Die Untersuchungen des Materials ergaben keinen Hinweis auf Anthrax. Auch unterschieden sich die Briefe und die Art ihrer Versendung von den anthrax-verseuchten Briefen, die zum Tod mehrere Menschen geführt hatten und deren Urheber auch in den Kreisen der US-Neonazis vermutet werden. Die Organisation Planned Parenthood weist jedoch darauf hin, dass die christlich-fundamentalistische Rechte eine Tradition der Terrorisierung mit Anthrax-Drohungen hat. Im Oktober 1999, wenige Tage, nachdem ein auf Abtreibungen spezialisierter Arzt ermordet worden war, waren in den USA 11 Briefe aufgetaucht, die die Botschaft enthielten: „Sie sind jetzt mit Anthrax infiziert“. Adressanten waren damals acht Abtreibungskliniken, aber auch eine katholische Schule in Indianapolis.

scc

Weltbevölkerungsbericht: Reiche reicher, Arme ärmer

Bevölkerungswachstum und steigender globaler Ressourcenverbrauch sind laut UNO-Weltbevölkerungsbericht 2001 die Hauptursachen für die fortschreitende Umweltzerstörung und kosten jedes Jahr Millionen von Menschen das Leben. Be-

troffen seien vor allem Entwicklungsländer. In dem Bericht heißt es, die Bekämpfung der Armut und der Schutz der Umwelt müssten miteinander verbunden werden, wenn sich die Welt zum Besseren hinentwickeln soll. Die Globalisierung habe den Reichtum zwar vergrößert, aber auch zu einer Verschärfung von Einkommensunterschieden sowie zu einer größeren Umweltbelastung geführt. Die reichsten Länder mit einem Fünftel der Weltbevölkerung stellten 86% des privaten Konsums, während dem ärmsten Fünftel nur 1,3% bleibe. Die Hälfte aller Menschen habe weniger als 2\$ (4,30 Mark) pro Tag zur Verfügung. Der Bericht plädiert zudem eindringlich für eine verbesserte Familienplanung. Rund 25 Millionen Menschen seien zurzeit auf der Flucht vor Umweltkatastrophen und Ressourcenknappheit. In den vergangenen zehn Jahren konnte nach dem Bericht des UNO-Bevölkerungsfonds in 64 von 105 untersuchten Entwicklungsländern die Nahrungsmittelproduktion nicht mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten. Weltweit seien derzeit 800 Mio. Menschen chronisch unterernährt, über eine halbe Milliarde litten unter Wasserknappheit oder chronischem Wassermangel. Bis 2025 könnte sich die Zahl versechsfachen. Zugleich wird nach UNO-Schätzungen die Weltbevölkerung bis 2050 von derzeit 6,1 auf 9,3 Mrd. Menschen zunehmen.

Ilisu Staudamm bröckelt – Zwei Unternehmen verlassen Konsortium

Das britische Unternehmen Balfour Beatty und die italienische Firma Impreglio ziehen sich aus dem umstrittenen Ilisu-Staudammprojekt in der Südosttürkei zurück. Eine Entscheidung, die wegweisend sein könnte. Am Dienstag haben

sich zwei Unternehmen aus dem Firmenkonsortium zurückgezogen, das den Staudamm bauen sollte. Darunter mit Balfour Beatty das Unternehmen, das für den Löwenanteil des auf 1,5 Milliarden US-Dollar geschätzten Projekts verantwortlich zeichnen sollte. Die Begründung des britischen Unternehmens: wirtschaftliche, ökologische und soziale Gründe bewegten Balfour Beatty zum Rückzug. Das Unternehmen hätte explizit seine Beteiligung unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten überprüft und sei zu einer Ablehnung gelangt. Das zeige, dass sich Projekte langfristig auch ökonomisch nicht rechnen, wenn sie ökologisch und sozial unverträglich seien. Während Exportbürgschaften seitens der britischen Regierung für Ilisu nun endgültig ad acta gelegt sind, steht die Entscheidung der deutschen Regierung über eine Hermes-Bürgschaft für die Ravensburger Niederlassung der VA Tech (vormals Sulzer) noch aus. Ob der Kanzler Schröder eine weitere Skandalentscheidung wie in Sachen des indischen Tehri-Staudammes treffen wird, bleibt offen. Unabhängig davon ist die Zukunft des Ilisu-Projekt unsicherer denn je. Die 30.000 Menschen – überwiegend Kurden –, die das Projekt heimatlos machen würde, werden durchatmen.

Mazedonien: Zwei-Drittel-Mehrheit für Verfassungsänderung

Nach fast zweimonatigem Tauziehen hat das mazedonische Parlament das Friedensabkommen mit der albanischen Bevölkerungsminderheit ratifiziert. Zwei Drittel der Abgeordneten stimmten für entsprechende Änderungen in der Verfassung Mazedoniens. Unter anderem sollen die Albaner gemäß ihrem Bevölkerungsanteil künftig ein Drittel der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst und in der Polizei besetzen. Auch soll Albanisch in beschränktem Umfang Amtssprache werden. Die Verabschiedung der Verfassungsänderungen hatte sich nach erneuten Spannungen zwischen nationalistischen Mazedoniern und Albanern wochenlang verzögert. Die Nationalisten hatten die Verabschiedung der Verfassungsänderungen mehrfach blockiert und diese als „Kapitulation vor (albanischen) Terroristen“ kritisiert. Die Entsendung von Truppen des Innenministeriums in albanische Gebiete vor wenigen Tagen hatte zu Schießereien und Festnahmen geführt. Das Friedensabkommen war unter Vermittlung von EU und USA zu Stande gekommen und am 13. 8. unterzeichnet worden. Es soll den Konflikt zwischen albanischen Separatisten und der Regierung beenden. Die Länder des Westens hatten Mazedonien mit der Verweigerung von Wiederaufbauhilfe gedroht, falls die im Friedensvertrag vereinbarten Reformen nicht verwirklicht würden.

Zusammenstellung: hav

BREMEN. Am 10. November haben Gewerkschafter und Globalisierungskritiker u.a. von Attac in über 30 Städten in ganz Deutschland gegen die Politik der Welthandelsorganisation WTO protestiert. (Bild: Bremen) Am Tag zuvor begann die Ministerkonferenz der WTO im Golfstaat Katar. „Es ist skandalös. Die EU droht Entwicklungsländern offen mit dem Entzug von Handelsvergünstigungen, wenn sie nicht auf ihre Linie einschwanken“, so Peter Fuchs, Handelsexperte der Attac-Mitgliedsorganisation WEED. Afrikanische und lateinamerikanische Staaten, die Vorbehalte gegenüber der von den USA und der EU angestrebten neuen Liberalisierungsrunde äußerten, berichteten, dass ihnen auch mit der Einstellung von bitter benötigten Entwicklungshilfeleistungen gedroht werde. „Diese handelspolitische Kanonenboot-Diplomatie muss ein Ende haben“, fordert der Attac WTO-Experte Thomas Fritz. Das eklatante Machtungleichgewicht bei den WTO-Verhandlungen dürfe nicht weiter dazu missbraucht werden, den ökonomisch schwächeren Staaten immer mehr Zugeständnisse abzupressen.

Foto: Rainer Vogel – www.attac-netzwerk.de



Antikriegsaktion bei Versammlung von Soldaten und Polizisten

BERLIN. Vor dem Hotel „Unter den Linden“ in Berlin fand am 8. November eine Versammlung von Soldaten und Polizisten statt, die „gegen die Kürzungspläne der Regierung“ protestierten. KriegsgegnerInnen haben diesen Anlass für eine Antikriegsdemonstration genutzt. Vor die in Pose aufgestellten Uniformierten stellten sich AntimilitaristInnen, die T-Shirts mit der Parole „No War“ trugen. Flugblätter gegen den Krieg wurden verteilt, Transparente gezeigt. Vom Balkon eines gegenüberliegenden Hotels hing ein Transparent mit der Aufschrift „Keinen Pfennig für Mord und Totschlag“. Sie wiesen darauf hin, dass die Regierung für die Umstrukturierung der Bundeswehr in den nächsten 15 Jahren rund 200 Milliarden DM ausgeben will, die Kosten für den Militäreinsatz in Afghanistan noch in diesem Jahr 50 Millionen und im kommenden Jahr 500 Millionen DM betragen sollen und stellten daher fest: „Die heute von unabhängigen Antikriegsgruppen gestörte Versammlung von Gewerkschaft der Polizei und Bundeswehrverband zeugt von einem kaum zu überbietenden Zynismus. Wir fordern: Keine Entsendung von Bundeswehr-Einheiten – nirgendwohin“ Reduzierung der Soldatengehälter um 100 Prozent!“ DFG-VK Landesverband Berlin-Brandenburg

Beckstein plant zentrale Abschiebelager – Grüne fordern Rücknahme

MÜNCHEN. Die Bayerische Staatsregierung plant, „in absehbarer Zeit“ zentrale Abschiebelager für ausreisepflichtige Ausländer einzurichten. Dies teilte Innenminister Günther Beckstein der migrationspolitischen Sprecherin der Landtagsgrünen, Elisabeth Köhler, in der Beantwortung einer Schriftlichen Anfrage mit. In einer solchen „Ausreise-Einrichtung“ (O-Ton Innenministerium) sollen alle Männer, Frauen und Kinder untergebracht werden, die, so das Innenministerium, „ihrer Ausreiseverpflich-

tung nicht nachkommen und ihre Mitwirkung bei der Beschaffung von Heimreisedokumenten verweigern.“ Bei den Grünen stößt dieses Vorhaben auf heftige Kritik: „Für solche Abschiebelager gibt es keinerlei Notwendigkeit. Sie sind nichts als ein weiteres Repressionsinstrument zur Abschreckung von unerwünschten Ausländern“, so Elisabeth Köhler. Was sie besonders empört: Die Staatsregierung erwägt, die Finanzierung dieser Abschiebelager über den europäischen Flüchtlingsfonds sicherzustellen. Elisabeth Köhler: „Ein Topf, der für humanitäre Projekte zur Verfügung steht, soll geschöpft werden, um damit eine reine Abschreckungseinrichtung zu finanzieren.“ Die Pläne für bayerische Abschiebelager müssen daher schleunigst vom Tisch.

www.gruene.bayern.landtag.de

EU-weiter Schüler- und Studentenstreik vom 10. bis 14. Dezember

DORTMUND. In dem Aufruf des Aktionsrats heißt es: „Studiengebühren, Sparmaßnahmen, Uni-Privatisierung... Im Zeichen der „Globalisierung“, unter dem Diktat neoliberaler Wirtschaftspolitik wird europäische Bildungspolitik in den Dienst der privaten Wirtschaft gestellt. Die wesentlichen Entscheidungen deutscher Bildungspolitik sind längst nicht mehr Ländersache, sondern werden mit Hilfe internationaler Handelsabkommen von wirtschaftlichen Interessen diktiert und entfernen sich immer mehr von den eigentlich Betroffenen. Längst sind in offiziellen Dokumenten und internationa-

len Verträgen innerhalb der EU-ArbeitnehmerInnen, SchülerInnen oder StudentenInnen zur Humanressource geworden. Der Sprachgebrauch spricht Bände: Die Hauptaufgabe der Bildung soll nunmehr darin bestehen, Humanressourcen im Dienste der Unternehmen auszubilden. Das unter WTO-Regie entstandene GATS-Abkommen, mit dem öffentliche Dienste privatisiert werden, unterwirft den Bildungssektor den Gesetzen des Marktes. Von demokratischen Einspruchsrechten unberührt, vom öffentlichen Interesse beinahe unbemerkt, hat EU-Bildungspolitik der Privatisierung und der Anwendung des GATS-Vertrages auf den Bildungssektor längst den Weg bereitet... Vom 10.-14. Dezember rufen wir deshalb zu EU-weiten SchülerInnen- und StudentInnenprotesten auf. Dabei werden in den ersten Tagen der Protestwoche lokal organisierte Aktionen in den Städten, Unis und Schulen stattfinden, am 14. Dezember gibt es dann eine große gemeinschaftliche Abschluss-Demo während des EU-Gipfels in Brüssel.“ www.studi-protest.de <http://int-protest-action.tripod.com>

Demonstration gegen Rasterfahndung und Sicherheitswahn

DÜSSELDORF. Am 9. Dezember findet ab 14 Uhr Grabbeplatz in Düsseldorf eine zentrale Demonstration statt unter dem Motto „Freiheit stirbt mit Sicherheit – Gegen Rasterfahndung und Sicherheitswahn“. Die ASten der Fachhochschule und der Universität Düsseldorf, das LandesASten-Treffen NRW und fzs (freier Zusammenschluss von studentInnen) rufen dazu mit folgender Begründung auf: „Seit Anfang Oktober sind sämtliche Daten der Studenten in NRW an die Innenbehörden ausgeliefert worden. Diese Maßnahme stellt den größten Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung seit Gründung der BRD dar. Zusätzlich wird diese Maßnahme noch durch weitere Einschränkung der persönlichen Freiheit flankiert. Klar ist auch die Stoßrichtung dieser Maßnah-



me: alle Studenten aus arabischen bzw. islamischen Ländern werden als potentielle Terroristen verdächtigt. Dieses stellt einen eklatanten Verstoß gegen Art. 3 Abs. 3 des GG dar, dem zu Folge niemand wegen Religionen und Herkunft benachteiligt werden darf. Wir schließen uns der Kritik zahlreicher BürgerInnenrechtsgruppen, Datenschutzbeauftragten, DozentInnen an und rufen zur zentralen Demonstration auf.“

www.studierende-fzs.de

Bundes-AG der Sozialhilfe-Initiativen lehnt Antiterrorgesetz ab

FRANKFURT A.M. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfe-Initiativen schreibt in ihrer Erklärung vom 13. November: „Diese Pläne lagen teilweise schon länger in der Schublade, teilweise legalisieren sie im Nachhinein eine bereits bestehende Praxis. Beispiel aus unserem Arbeitsbereich: Immer wieder versuchen Sozialämter datenschutzwidrig pauschal die Entbindungen vom Bankgeheimnis zu erzwingen. Jetzt sollen sämtliche Sozialleistungsträger zur Weitergabe von umfangreichen Sozialdaten an Polizei und Staatsanwaltschaft im Rahmen von Rasterfahndungen verpflichtet werden. Eine Prüfung der Zulässigkeit des Auskunftersuchens durch den Sozialleistungsträger ist – im Unterschied zu sonstigen Fällen der Datenübermittlung – nicht vorgesehen. Die skandalösesten Entrechtungen betreffen Nicht-Deutsche. Wir wollen nicht, dass dieses Land für unsere ausländischen MitbürgerInnen unbewohnbar wird. Im übrigen nehmen die Sozialhilfeinitiativen erstaunt zur Kenntnis, wie schnell eine halbe Milliarde Mark zur Finanzierung restriktiver Maßnahmen gegen die Bevölkerung aus dem Ärmel geschüttelt werden, während Sozialämter seit Jahren mit Hinweis auf leere Kassen z.B. die Bezahlung von Schulranzen oder Kinderfahrrädern verweigern wollen.“

BAG SHI Frankfurt am Main, Telefax 069/27220897 – www.BAG-SHI.de

Deutscher Besatzungsterror in Griechenland 1941-1944 und die Folgen

DARMSTADT. Unter dem Motto „Deutscher Besatzungsterror in Griechenland 1941-1944 und die griechischen Entschädigungsforderungen heute“ findet vom 30. November bis zum 2. Dezember in Darmstadt eine Konferenz statt. Sie soll dazu beitragen, die Kenntnis über Kriegsverbrechen der deutschen Besatzer zu vertiefen und über die Berechtigung der griechischen Entschädigungsforderungen aufzuklären. Referenten sind die Historiker Prof. Christoph Dipper (TU Darmstadt), Prof. Grigoris Psalidas (Universität Korfu), Susanne-Maria Piliotis (Berlin) und die Journalisten Eberhard Rondholz und Damianos Vasiladis (griechisches Nationalkomitee).

www.asta.tu-darmstadt.de



Gen-Mais-Freilandversuch in Niedersachsen geriet außer Kontrolle

HANNOVER. Jetzt werden die schlimmen Befürchtungen von Greenpeace auch von offizieller Seite bestätigt: Ein Gen-Mais-Versuch des Agro- und Chemiegiganten Monsanto auf einem Feld in Helvesiek (Niedersachsen) war völlig außer Kontrolle geraten. Das Erbgut des transgenen Maises hatte sich ausgebreitet und ließ sich in umliegenden Mais-Feldern nachweisen. Das bestätigte am 16. November das niedersächsische Umweltministerium nach eigenen Untersuchungen. Das Bild zeigt die Greenpeace-Aktion Ende September auf dem Acker in Helvesiek, die die Untersuchungen ins Rollen gebracht hatte. „Das Vorgehen von Monsanto und die nachlässige Genehmigungspraxis der Behörden müssen dringend überprüft werden“, fordert Christoph Then von Greenpeace. „Wenn sich Gen-Mais so unkontrolliert verbreiten kann, müssen die Versuche grundsätzlich eingestellt werden.“ www.greenpeace.de

Kunstaktion gegen ein Zweiklassensystem in der Zuwanderung

BERLIN. Etwa 30 Flüchtlinge und UnterstützerInnen protestierten am 6. November gegen die Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes. (Bild) Sie besuchten die Ausstellung „Exodus“ von Sebastiao Salgado im Kronprinzenpalais, Unter den Linden in Berlin Mitte. Die Ausstellung erzählt Geschichten von Menschen in Bewegung, die nicht aus freien Stücken fliehen. Salgado hat für



diese Ausstellung 40 verschiedene Länder bereist. Er schreibt: „Wenn ich zu Plätzen zurückkehrte, die ich von früher kannte, war es schmerzhaft zu entdecken, dass sich die Situation in der Regel verschlechtert hatte.“ „Schmerzhaft“ für die Akteure der Kunstaktion war die Reaktion des Museumsleiters: Während im Kronprinzenpalais Salgados Portraits als Kunst gewürdigt werden, waren ihre mitgebrachten Bilder von Flüchtlingsrealitäten und Flüchtlingskämpfen hierzulande unerwünscht. Der Leiter des Museums drohte mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch und wollte nicht einmal die Verlesung der Presseerklärung gestatten. „Salgados Bilder porträtieren die Ferne und es ist leicht, auf die Distanz betroffen zu sein. Die Sortierung von Menschen nach Kriterien der Nützlichkeit und die damit verbundene Abschottung Deutschlands sollten jedoch genauso betroffen machen.“ (aus der Presseerklärung der AkteurInnen). Foto: Amine Fadl – www.umbruch-bildarchiv.de

Kein reibungsloser Castor-Transport Offener Brief an Kanzler Schröder

LÜNEBURG, DANNENBERG. Über 8000 Menschen versammelten sich am 10. November in Lüneburg, um gegen den bevorstehenden Castor-Transport und die Atompolitik der Bundesregierung zu demonstrieren. In einem offenen Brief an Bundeskanzler Schröder haben 1500 BürgerInnen aus dem Landkreis Lüneburg-Dannenberg angekündigt, sich an der gewaltfreien Blockade „WiderSetzen“ zu beteiligen, darunter namhafte Politiker, Ärzte, Pastoren. Sie schreiben: „Sie wissen, dass ein Zwischenlager kein geeigneter Ort für die Atomüll-Lagerung ist. Aber Sie tun es trotzdem. Wir wissen, dass eine Sitzblockade eine Ordnungswidrigkeit ist. Aber wir tun es trotzdem.“ Seit Sonntag ist es „WiderSetzen“ immer wieder gelungen, in die Demonstrationsverbotszone vorzudringen und mehrfach mit zeitweise mehr als 1000 Leuten an verschiedenen Stellen, östlich und westlich von Splietau und in Laase, die Transportstrecke zu blockieren. 500 Menschen war es am Dienstag Nachmittag gelungen, die Transportstrecke bei Laase für mehr als 12 Stunden zu blockieren und damit den Castor an der Weiterfahrt zu hindern. Nachdem der Castor-Transport auch aufgrund der gewaltfreien Sitzblockade am 14. November mit erheblicher Verspätung im Zwischenlager Gorleben eingetroffen ist, haben Atomkraftgegner eine positive Bilanz ihrer Proteste gezogen und dabei massive Kritik an Behörden und Polizei geübt. „Über mehrere Wochen wurde wieder einmal über eine ganze Region der Ausnahmezustand verhängt, es wurden Grundrechte massiv eingeschränkt und Protest kriminalisiert“, erklärte Swantje Fock. Wie immer im Wendland heißt es jetzt: nach dem Castor ist vor dem Castor! www.x1000malquer.de

Dem Vorsitzenden des Roma National Congress droht Gefängnis

Von Gaston Kirsche (gruppe demontage)

Rudko Kawczynski bekam mit Poststempel 20. Oktober von der Staatsanwaltschaft Lörrach mitgeteilt, er habe am 19. November in der Hamburger Justizvollzugsanstalt Vierlande seine Haftstrafe anzutreten. Bereits 1992 war er vom Amtsgericht Lörrach wegen „Nötigung im Straßenverkehr“ zu 50 Tagen Haft verurteilt worden.

Allerdings ist Kawczynski kein Raser und Dränger, sondern hat in seiner Funktion als Vorsitzender des Roma National Congress am 9. November 1990 an einem Protestmarsch gegen die Abschiebung von Roma nach Jugoslawien teilgenommen. Die Roma forderten vom UNHCR, sich gegen ihre drohende Abschiebung aus der BRD nach Jugoslawien einzusetzen. Dafür wollten sie vor dem Uno-Flüchtlingshochkommissariat in Genf demonstrieren.

Am Grenzübergang Basel wurde der Protestmarsch gestoppt und an der Ausreise aus der BRD in die Schweiz gehindert. Sie blockierten daraufhin den Grenzübergang für sieben Tage. Rudko Kawczynski erklärte dazu gegenüber dieser Zeitung: „Das war eine Spontandemo. Die Polizei hat dann den Autoverkehr umgeleitet, aber damit hatten wir nichts zu tun.“ Marko D. Knudsen von Rom News erklärte dazu: „Dank dieser Aktion erhielten mehr als 2000 Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien Aufenthaltsgenehmigungen in Deutschland. Die meisten von ihnen wären aller Wahrscheinlichkeit nach gestorben im Falle einer Abschiebung in diese Gegend zu diesem Zeitpunkt. Aufgrund dieser Demonstration ist Herr Kawczynski zu einer 50-tägigen Haftstrafe verurteilt worden.“

Der Prozeß ging bis vor das Bundesverfassungsgericht, wo er seit 1994 anhängig ist. Rudko Kawczynski dazu: „Das Amtsgericht Lörrach hat einmal im Jahr angefragt, ob den nun eine Entscheidung des BVG vorliegt. Und jetzt kam plötzlich die Ladung zum Haftantritt, obwohl das BVG noch nicht entschieden hat.“ Der Anklagevertreter will nun offensichtlich nicht mehr länger auf

ein BVG-Urteil warten. „Das BVG hat zwar unsere Verfassungsbeschwerde gegen das Urteil des Oberlandesgerichtes zur Entscheidung angenommen, aber das hat keine aufschiebende Wirkung. Es ist absurd, aber nach 6 Jahren hat es jetzt plötzlich die Staatsanwaltschaft Lörrach eilig, obwohl das BVG dieses Jahr angefangen hat, den Vorgang zu bearbeiten“, fasste Kawczynskis Anwalt Christian Schneider gegenüber dieser Zeitung die Rechtslage zusammen. Kawczynski erklärte sich die plötzliche Eile politisch: „60 Roma-Organisationen haben auf der Anti-Rassismus-Konferenz in Durban gegen die Abschiebepolitik der Bundesrepublik Deutschland protestiert und aufsehen erregt. Kurz danach kam jetzt die Ladung zum Haftantritt in Neuengamme.“

Genau ein Jahr vor der Spontandemo am Grenzübergang hat Rudko Kawczynski am 9. November 1989 unmittelbar neben der Justizvollzugsanstalt Vierlande eine bewegende Rede gehalten. Um ein Bleiberecht für Roma aus Jugoslawien in Hamburg durchzusetzen, hatten Roma die KZ-Gedenkstätte Neuengamme sym-

bolisch besetzt. In Neuengamme, zunächst Außenlager von Sachsenhausen, ab 1940 eigenständig und Hauptlager für Norddeutschland, waren während des Nationalsozialismus etwa 500 Roma und Sinti im KZ inhaftiert. Die Roma und Cinti Union Hamburg protestierte auf dem Gelände des früheren Konzentrationslagers, um ihrer Forderung nach Bleiberecht Nachdruck zu verleihen: Vor dem Hintergrund der systematischen Verfolgung und Vernichtung von Roma und Sinti durch die Nazis könne der deutsche Staat 1989 auf keinen Fall Roma in ein Land im damals beginnenden Bürgerkrieg abschieben. Die Besetzung wurde am nächsten Tag abgebrochen, sie stieß in der Öffentlichkeit auf keine Resonanz. Die Menschen saßen vor dem Fernseher und verfolgten die Bilder von der Maueröffnung.

Während aus DDR und BRD Deutschland wurde, setzten sich Roma und einige UnterstützerInnen gegen drohende Abschiebungen zur Wehr. Ein Film von Monika Hielscher und Mathias Heeder dokumentiert diese Aktivitäten. Auch die Grenzblockade bei Basel. Die Filmemacher: „Der Film Gelem Gelem – wir gehen einen weiten Weg beschreibt den Versuch einer Gruppe heimatloser Roma in der Bundesrepublik, den Teufelskreis von sozialer Verelendung, Kriminalisierung, Abschiebung, illegaler Wiedereinreise, erneuter Vertreibung etc. zu durchbrechen.“ Oft tauchen deutsche Polizisten in dem Film auf: Bei der Räumung des holländischen Konsulates in Hamburg oder bei der Kontrolle der Grenze. Monika Hielscher und Mathias Heeder: „Die Aufnahmen zu diesem Film entstanden zwi-



HAMBURG. Mehrere hundert Menschen demonstrierten am 10. November gegen das Schily-Papier, darunter auch eine Gruppe von Roma, die gegen die Abschiebung nach Jugoslawien protestierten. Bild: Foto-Archiv-Kollektiv

schen Herbst 1989 und Frühjahr 1991. Die meisten Menschen, die wir während dieser Zeit begleiteten, wurden inzwischen von den deutschen Behörden abgeschoben. Ihre Spuren verlieren sich in den Elendsghettos von Südosteuropa. „Viele Roma wurden ab 1991 nach Skopje abgeschoben. Jahre später erzählte Mathias Heeder am Rande einer Filmvorführung, dass sich die elenden Lebensbedingungen für Roma dort trotz zugesagter Hilfsgelder aus Deutschland, mit denen die Abschiebungen ‚humanitär‘ begleitet werden sollten, nicht gebessert hätten. Mittlerweile sind viele Roma in ganz Mazedonien, dessen Hauptstadt Skopje ist, im Bürgerkrieg zwischen die nationalen Fronten geraten. Wie bereits zuvor im Kosovo, in dem nach mittlerweile drei Jahren Gewaltmonopol der national-albanischen UÇK im NATO-Protektorat Roma ebenso wie Juden und Serben nur noch in einigen wenigen Enklaven leben können. Trotzdem versuchen deutsche Behörden immer wieder, Roma aus dem Kosovo abzuschieben, wogegen der RNC im Sommer 2000 eine Kampagne organisierte.

Der Roma National Congress RNC hat in Hamburg-St. Pauli seit vielen Jahren ein Büro. Rudko Kawczynski hat sich ungezählte Male für das Bleiberecht von Roma eingesetzt, denen nach geltendem deutschen Ausländerrecht Abschiebung droht. Die Hamburger Ausländerbehörde – dessen Chef vom neuen Hamburger Innensenator Ronald Schill gerade ausdrücklich für seine Arbeit gelobt wurde – hat Anfang November eine junge Roma-Frau in Abschiebehaft gesperrt, die nach Kroatien ausreisen muß. Sie wurde von ihren in Hamburg lebenden Eltern getrennt. Erst im Oktober hat vor der Ausländerbehörde eine Kundgebung von tausend Roma gegen drohende Abschiebungen nach Jugoslawien stattgefunden.

Jetzt protestieren Roma-Organisationen aus Solidarität mit Rudko Kawczynski. Wie der Autor Rajko Djuric im Namen des Romani PEN-Clubs: „Kawczynski ist also ‚schuld‘, da er die Roma, deren Menschen- und Nationalrechte wie in der BR Deutschland so auch in Europa tagtäglich mit Füßen getreten werden, versucht hat zu schützen. Wir verstehen diesen Gerichtsbeschuß mehr als einen politischen als einen juristischen.“

Vom 19. -21. November findet in Hamburg im Kulturzentrum beim Durchseiplatz Braun eine vom Europarat und der OSCE mitgetragene Konferenz zur Lage von Roma und Sinti in Osteuropa statt. Kawczynski erklärte dazu: „Nach der Konferenzöffnung, die ich für den RNC machen werde, kann ich mich dann in Neuengamme zur Haft melden.“ Kawczynski weiter: „Es ist makaber, dass ich die Haft ausgerechnet in Neuengamme antreten muß.“ Marko D. Knudsen erklärt dazu: „Bis zum heutigen Tage werden hier Roma und Sinti an einem Ort inhaftiert, an dem ihre Eltern und Großeltern umgebracht wurden.“ Die JVA Vier-

lande ist ein reguläres Gefängnis, in dem aber zum Teil noch frühere Häftlingsbaracken des Konzentrationslagers Neuengamme genutzt werden. Im Programm der seit 31. Oktober in Hamburg mitregierenden Schillpartei PRO heißt es unmißverständlich, dass die Verlegung des Gefängnisses Vierlande weg vom Gelände des früheren KZ Neuengamme gestoppt werden soll. In der Koalitionsvereinbarung des neuen rechten Hamburger Senates von CDU, Schill und FDP hieß es ursprünglich dementsprechend: „...unabhängig vom Neubau werden die Schließungspläne der Anstalt XII aufgegeben.“ Als sich gegen die Pläne, das Gefängnis auf dem früheren KZ-Gelände zu belassen, Protest regte, wurde eine neue Sprachregelung eingeführt: „Unabhängig vom Neubau werden Gespräche mit jüdischen Organisationen, Opferverbänden und Institutionen mit dem Ziel aufgenommen, Einvernehmen darüber herzustellen, ob die Pläne für eine Schließung der Anstalt XII ... aufgegeben werden können.“ Es soll geredet werden – zurückgenommen wurde die Aufrechterhaltung des Gefängnisses auf dem KZ Neuengamme bisher nicht. Zwar hat sich am 8. November Hamburgs Interims-Kultursenator Rudolf Lange dafür eingesetzt, das Gefängnis auf dem Gelände zu schließen. Aber bereits am nächsten Tag erklärte der stellvertretende Senatsprecher, Klaus May: „Das Thema ist im Senat bisher nicht abgestimmt worden.“ Eine endgültige Entscheidung werde erst nach einem Gespräch mit Überlebendenorganisationen am 21. November getroffen. Hamburgs neuer Innensenator Ronald Schill, Führer der gleichnamigen Schill-Partei, distanzierte sich ebenfalls am 9. November von Langes Aussagen: „Ich bin sehr überrascht. Das steht so nicht im Koalitionsvertrag.“ Ebenso Frank-Michael Bauer, Abgeordneter der Schill-Partei: „Ich kann mir nur vorstellen: Das war ein Alleingang von Herrn Lange.“ Eine Schließung des Gefängnisses für die Erweiterung der Gedankstätte ist keineswegs Konsens: „Um der Nachwelt zu zeigen, wozu Menschen fähig sind, hat die Gedenkstätte schon jetzt ihre Bedeutung. Das ist keine Frage der Größe.“ So werden wohl auch in Zukunft dort Verurteilte ihre Strafe absitzen müssen, wo bis zum April 1945 der KZ-Appellplatz war, auf dem die SS Gefangene erniedrigte, auspeitschte und erhängte.

Dass die KZ-Gedenkstätte ausgebaut wird, erscheint notwendig gerade auch angesichts der Kaltschnäuzigkeit, mit der bei der Aufforderung zum Haftantritt an Rudko Kawczynski die nationalsozialistischen Taten zur Vernichtung von Roma und Sinti ignoriert worden sind. Am 19. November wird Kawczynski an zwei Schildern vorbeikommen, die direkt untereinander hängen und den Weg weisen – nach Rechts: Oben steht „KZ-Gedenkstätte Neuengamme“, darunter „Vollzugsanstalten Vierlande“.

Bürgerauszeichnung ?

FREIBURG. Bürgerauszeichnung nach Professor, der Bürgerrechte für Juden ablehnte, benannt! „Das ist doch eine unglaubliche Doppelmoral, einerseits die Menschen zu einem Aufstand der Anständigen aufzurufen, der auch das Eintreten gegen Antisemitismus umfaßt, andererseits einen Mann zu ehren, der das Wahlrecht für Juden abgelehnt hat“, empörte sich der Sprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Freiburg, Max Heinke, nach der Entscheidung des Gemeinderats vom Dienstag. Dieser hatte mit großer Mehrheit beschlossen, eine städtische Ehrenmedaille für bürgerschaftliches Engagement nach dem Freiburger Professor Carl von Rotteck (1775–1840) zu benennen, der sich explizit gegen Staatsbürgerrechte für Juden ausgesprochen hatte. Zwar war Rotteck kein „Judenhasser“, doch aus seinen Vorbehalten gegen die politische Gleichberechtigung der Juden habe er nie einen Hehl gemacht, bestätigte auch der Leiter des Freiburger Stadtarchivs, Hans Schadek. Rotteck sei ganz dem „anti-emanzipatorischen Konsens des Frühliberalismus“ verhaftet gewesen, so Schadek.

Vor der Abstimmung wurde die Kritik an den antisemitischen Positionen Rottecks von Freiburgs Oberbürgermeister Rolf Böhme (SPD) als „Schönheitsfleck“ auf einer ansonsten weißen Weste eines Mannes abgetan, der ein „Vorbild an Zivilcourage“ gewesen sei. Henning Wellbrock (SPD) bügelte Kritik seitens der Linken Liste und der Grünen mit dem Hinweis ab, man sei doch keine „obermoralische Anstalt“. Die Grünen hätten die Medaille gern nach einer bedeutenden Freiburgerin benannt und schlugen die von den Nazis verfolgte Gertrud Luckner vor. „Es ist längst überfällig, Ehrungen nicht nur nach Männern zu benennen“, sagte Fraktionschefin Maria Viethen.

Doch ungeachtet des politischen Signals, das von dieser Entscheidung der Schwarzwaldgemeinde ausgeht, votierte die Mehrheit von CDU, SPD, FDP und Freien Wählern ganz im Sinne der Rathauspitze für die Benennung der Medaille nach dem antisemitischen Professor. Eine inhaltliche Debatte lehnte die Gemeinderatsmehrheit mit einem Geschäftsordnungsantrag ab. „Es ist doch reine Spiegelfechterei, den Antisemitismus Rottecks herunterzuspielen: Wer gegen das Wahlrecht für Juden eintrat, und das 40 Jahre nach der Französischen Revolution, war glasklarer Antisemit“, kritisierte Max Heinke. Auch für die Jüdische Gemeinde Freiburgs ist der Staatsrechtler als Namensgeber völlig inakzeptabel. „Für mich steht fest, daß ich diese Bürgermedaille nicht annehmen würde, sollte man sie mir anbieten“, kommentierte Vorstand Uschi Amitai das Gemeinderatsvotum. *Martin Höxtermann*

Martinszug: KÖLN. Ca. 150 Menschen beteiligten sich am 10. November beim „Martinszug der Obdachlosen“ durch die Kölner Innenstadt. Unter dem Motto „Gegen soziale Kälte“ protestierten sie gegen die soziale Kahlschlagspolitik in Köln und die Vertreibungspolitik der Stadt und der Bahn. Obwohl es auch angesichts des nahenden Winters keine ausreichendes Unterkünfte gibt, werden inzwischen nicht nur die Obdachlosen aus den Bahnhöfen vertrieben, sondern auch die Helfer, die warme Suppen und Decken an sie verteilen. Die Aktion wurde unterstützt durch Klaus, den Geiger, der in seinen Liedern die soziale Kälte, Sicherheitswahn- und Repressionspolitik anprangerte. Der PDS-Bezirksabgeordnete Weisenstein erklärte die Solidarität der PDS mit den Forderungen der Wohnungslosen. *Lokalberichte Köln*

Vertreibung aus der B-Ebene: FRANKFURT A.M. Obdachlose, die zum Schutz vor der Kälte sich auch tagsüber in der B-Ebene der Verkehrsbetriebe aufzuhalten versuchen, werden zunehmend von Bediensteten und privaten Sicherheitsdiensten genötigt, diese zu verlassen. Der Verein LOBBY fordert die Sicherheitsdienste auf, angesichts der kältebedingten Gesundheitsgefahren für die Betroffenen eine tolerante und menschliche Haltung einzunehmen und von Vertreibungen abzuweichen. Die Stadt Frankfurt und den Rhein-Main-Verkehrsverbund fordert der Verein auf, in der Zeit vom 15. Oktober bis April einige zentrale B-Ebenen verbindlich für einen nächtlichen Aufenthalt von Wohnungslosen zuzulassen.

www.lobby-ev.de

Steuerschätzung: BERLIN. Städte und Gemeinden sind die größten Verlierer der neuesten Steuerschätzung. Die gemeindlichen Steuereinnahmen bleiben in diesem Jahr und im Jahr 2002 insgesamt um 4,6 Milliarden Euro oder neun Milliarden Mark unter dem Ergebnis der Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres. Damit liegen sie 2001 um 3,1 Milliarden Euro oder 5,4 Prozent unter dem Niveau vom Jahr 2000. Für 2002 bleibt die jetzt erwartete Steuerentwicklung der Städte und Gemeinden mit 1,4 Prozent deutlich unter dem Wachstum des gesamten Steueraufkommens. Neben den rückläufigen Einkommensteuereinnahmen infolge des Steuersenkungsgesetzes ist dieses Ergebnis vor allem auf den beispiellosen Einbruch der Gewerbesteuer zurückzuführen. Der Arbeitskreis Steuerschätzung teilt die Einschätzung des Deutschen Städtetages, dass das Aufkommen dieser wichtigsten städtischen Steuerquelle in diesem Jahr nur noch maximal 48 Milliarden Mark erreichen kann. Die neue Steuerschätzung für die Gewerbesteuer 2001 liegt mit 24,36

Milliarden Euro (minus 9,9 Prozent) um 2,23 Milliarden Euro unter der Steuerschätzung vom Mai. Durch die Anhebung der Gewerbesteuerumlage brechen die Städten und Gemeinden nach dem Zugriff von Bund und Ländern bleiben, noch stärker ein (minus 11,7 Prozent). Der Deutsche Städtetag bekräftigte deshalb seine Forderungen, die Gewerbesteuerumlage nicht wie geplant von 20 auf 30% zu erhöhen, die ab 2002 geltende Gewerbesteuerfreiheit von Dividenden aus Beteiligungen darf nicht in Kraft treten. Die Gewerbesteuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen ist rückgängig zu machen. Es darf Unternehmen nicht noch mehr erleichtert werden, durch konzerninterne Umstrukturierungen die Zahlungen von Gewerbesteuer zu vermeiden (gewerbesteuerliche Organschaft). Solche Möglichkeiten müssen im Gegenteil eingeschränkt werden. *www.staedtetag.de*

LKW-Maut: BERLIN. Wenn die LKW-Maut nur auf Autobahnen Gesetz wird, wird ein Teil des Schwerlastverkehrs auf andere Straßen ausweichen, um den zusätzlichen Kosten zu entgehen. Das ergab eine Kurzumfrage des Deutschen Städtetages unter 60 Städten. Besonders gefährdet sind der Umfrage zufolge die Ballungsräume mit ihrem dichten Netz von Gemeindestraßen, aber auch ländliche Räume mit „Abkürzungen“ zwischen den Autobahnen, Autobahnparallele Bundes- und Landesstraßen sowie alle Straßen, auf denen Güternahverkehr abgewickelt wird. Anlässlich der Anhörung im Verkehrsausschuss des Bundestages zur Einführung der streckenbezogenen Schwerlastverkehrsabgabe forderten daher die kommunalen Spitzenverbände Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte- und Gemeindebund: Alle Straßen müssen in die Mautpflicht für schwere LKW einbezogen werden. Außerdem müssen die Kommunen an den Maut-Einnahmen beteiligt werden. Ohne eine LKW-Maut für alle Straßen könne die von der Bundesregierung erhoffte Verlagerung des Schwerlastverkehrs von der Straße auf die Schiene sowie das Binnenschiff nicht erreicht werden. Die mittlere Transportweite deutscher LKW im Güterverkehr betrage nicht mehr als 80 Kilometer – eine Strecke, die kurz genug sei, um die Autobahnen ohne größeren Zeitverzug zu meiden. Die kommunalen Spitzenverbände kritisierten, dass die Bundesregierung den internationalen Transitverkehr auf der Straße geradezu fördere, indem sie plane, neben der Maut auf Autobahnen einige Autobahnabschnitte sechsspurig auszubauen.

www.staedtetag.de

Zusammenstellung: ulj

Versammlungen der Euromärsche und Internationaler Marsch von Brüssel nach Sevilla

Aktionen der kämpfenden Erwerbslosen und prekär Beschäftigten

Die Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse und Ausgrenzung sind vom 11. bis 15. Dezember während des EU-Gipfels in Brüssel aktiv. Am 11. und 12. Dezember wird die Europäische Versammlung der kämpfenden Erwerbslosen und prekär Beschäftigten zum dritten Mal tagen. Am 13. Dezember werden sich VertreterInnen der sozialen Bewegung treffen. An diesem Tag wird auch eine Großdemonstration der europäischen GewerkschafterInnen stattfinden. Am 14. Dezember brechen die nächsten Euromärsche (symbolisch) zum nächsten EU-Gipfel nach Sevilla auf. An diesem Tag wollen auch viele Organisationen, die sich unter dem Dach „Globale Gerechtigkeit, globaler Frieden“ zusammen gefunden haben, demonstrieren.

Europäische Versammlung der kämpfenden Erwerbslosen und prekär Beschäftigten am 11. und 12. Dezember in Brüssel

Nach Köln 1999 und Paris 2000 wird die Versammlung der Organisationen gegen Erwerbslosigkeit und Prekarität am 11. und 12. Dezember in Brüssel zum dritten Mal tagen, am Vorabend des EU-Gipfels in Laeken/Brüssel.

Bei den bisherigen Erwerbslosenversammlungen haben wir bereits festgestellt, dass diese Situation die Folge der „großen wirtschaftspolitischen Leitlinien“ der EU ist. Die Maßnahmen von Gerhard Schröder sind, genauso wie „PARE“ in Frankreich und der „Plan Vande Lanotte“ in Belgien, nichts anderes als die Umsetzungen der europäischen Direktiven. Diese zielen darauf ab, die Bedingungen für Arbeitslosengeld und Sozialleistungen zu verschärfen und den Erwerbslosen prekäre Beschäftigungen aufzuzwingen.

Bei dieser dritten Erwerbslosenversammlung werden wir, Land für Land, diese Analysen fortsetzen. Wir wollen aber auch, um unsere Aktionen auf europäischer Ebene konvergieren zu lassen, unsere europaweiten Forderungen weiterentwickeln: ein Grundeinkommen für alle Frauen und Männer, die Ablehnung der prekären Beschäftigung und der Politik des „Workfare“ (Arbeitszwang).

Dies ist umso dringender, da die EU auf dem Gipfel von Laeken-Brüssel einen verfassungsgebenden Prozess in Gang setzen will, um die Rechte auf europäischer Ebene festzuschreiben. Die Charta der sozialen Grundrechte, die beim EU-Gipfel 2000 in Nizza proklamiert wurde,

soll die Präambel und damit auch die Grundlage dieser Verfassung werden. Diese Charta enthält keine sozialen Rechte, schon gar kein Recht auf ein Grundeinkommen.

Das Sekretariat der Euromärsche in Paris hat die organisatorische Vorbereitung dieser dritten Erwerbslosenver-

sammlung übernommen, die für alle Organisationen offen steht, die gegen Erwerbslosigkeit und Prekarität kämpfen. Das europäische Netzwerk der Erwerbslosen ENU wird daran teilnehmen.

Für das Sekretariat der Europäischen Märsche, Michel Rousseau. (aus der Einladung, Übersetzung: Gitti Götz)

Am 27. und 28. Oktober tagte die Koordination der Euromärsche mit Delegationen aus Deutschland, Österreich, Belgien, Spanien, Frankreich, Holland, Baskenland, Schweden und der Schweiz. Sie richtete die zwei folgenden Vorschläge an die Gesamtheit der sozialen Bewegungen, Vereinigungen und Gewerkschaften und an alle, die den Neoliberalismus ablehnen:

Für die Einheit der sozialen Bewegungen – Versammlung in Brüssel am 13. Dezember 2001

Weil die Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU eine klare Wahl getroffen hat zugunsten der Interessen der Herrschenden und Kapitalisten, und gegen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, allen voran die abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen,

weil diese Politik sich als einer der Hebel der neoliberalen Globalisierung entpuppt hat,

weil die „Charta der sozialen Grundrechte der Europäischen Union“ die Präambel einer Europäischen Verfassung zu werden droht – eine Charta, die die Rechte auf Leistungen (Renten, Erwerbslosigkeit, Grundeinkommen) ausschließt und für viele Länder einen Rückschritt hinter bestehende Rechte bedeutet,

weil die sozialen Bewegungen aus ganz Europa sich dringend um gemeinsam ausgearbeitete Aktionen und Ziele herum zusammenschließen müssen – unter Rücksicht auf ihre Eigenheiten und die Autonomie einer jeden Bewegung,

weil es an der Zeit ist, dass sie sich zu Trägern der gemeinsamen Forderungen nach einer Veränderung der Gesellschaft machen, und dass ihre InitiatorInnen der konkreten und koordinierten Kämpfe den Menschen ermöglichen, über die Grenzen hinweg sich selbst und ihre Zukunft in die Hand zu nehmen,

deshalb schlagen wir vor, einen Prozess in die Wege zu leiten für die Konvergenz der europäischen sozialen Bewegungen, eingeschlossen:

- die gewerkschaftlichen Kräfte der Beschäftigten und der Bauern,
- die Bewegungen der Erwerbslosen, der prekär Beschäftigten, der Menschen mit schlechten Wohnungen,
- die Bewegungen gegen die neoliberale Globalisierung

- die Bewegungen der Frauen, der jungen Leute, der Studierenden,
- die Bewegungen für Einwanderung und Unterstützung der „Menschen ohne Papiere“, des Kampfes gegen den Rassismus und Faschismus
- die Umweltbewegungen
- die AntimilitaristInnen und die Bewegungen für den Frieden und gegen die Militarisierung der EU
- die Vereinigungen für jede Art von Rechten
- genauso wie die Netzwerke, in denen Intellektuelle und Künstler der sozialen Bewegungen zusammenarbeiten.

Dieser Prozeß soll Diskussionen und Aktionen ermöglichen, die sich im Sinne einer europäischen Koordination der Netzwerke weiterentwickeln, flexibel, nicht hierarchisch, demokratisch und dezentral.

In Brüssel wird am 13. Dezember eine erste Versammlung stattfinden, mit Raum zum Austausch und zur Diskussion, um sich besser kennenzulernen, „horizontale“ Verbindungslinien zu knüpfen, und gemeinsame Perspektiven zu entwickeln. Von unserer Seite schlagen wir als Ziel dieser ersten Versammlung vor, eine Charta der Forderungen der europäischen sozialen Bewegungen gemeinsam zu erarbeiten.

Der Träger dieser Vorschläge, das Netzwerk der Euromärsche, will in keinstrengster Weise seine Lösungen aufdrängen. Ganz im Gegenteil sind wir davon überzeugt, dass eine größtmögliche Öffnung und Dezentralisation notwendig sind. Der Prozeß, zu dem wir die sozialen Bewegungen Europas einladen, verbunden mit den Widerstandsbewegungen der ganzen Welt, wird das sein, was sie daraus machen werden...

Der Internationale Marsch des sozialen Widerstands von Brüssel nach Sevilla – Aufbruch in Brüssel am 14. Dezember 2001. Brüssel (Dez. 2001) – Sevilla (Juni 2002)

Im Moment der Einführung des Euro und während ein Prozeß der Ausarbeitung einer europäischen Verfassung beginnt, kann sich eine Perspektive eröffnen, die Brüssel mit dem nächsten Gipfel verbindet, nämlich dem von Sevilla, im Juni 2002.

Die Märsche werden am 14. Dezember symbolisch in Brüssel starten, sehr früh am Morgen. Im selben Moment, in dem die Staatschefs ihre Sitzung beginnen, werden die sozialen Widerstandsbewegungen an einem symbolischen Ort aufbrechen. Sie werden die Eisenbahner-Fa-

Rote Karte

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) initiiert eine bundesweite Kampagne – 100.000 Protestkarten an den Bundesfinanzminister. Alleinerziehende zeigen Bundesregierung die rote Karte / Gegen Abschaffung der Steuerklasse II. – Am 1.1.02 tritt das Zweite Gesetz zur Familienförderung in Kraft, das u.a. eine stufenweise Abschaffung des Haushaltsfreibetrages von derzeit 5.616 DM auf 4.577 DM (2.340 Euro) im Jahr 2002, auf 1.188 Euro im Jahr 2003 bis zur kompletten Streichung im Jahr 2005 vorsieht. Diese Regelung gilt jedoch nur für Alleinerziehende, bei denen die Voraussetzungen für den Abzug eines Haushaltsfreibetrages bereits 2001 vorgelegen haben. Alle Eltern, die erst im Jahr 2002 mit ihren Kindern alleine leben, werden 2002 in die Steuerklasse I eingestuft und damit sofort wie Singles besteuert.

Alleinerziehende mit einem Jahresbruttoeinkommen von 45.000 DM zahlen 2002 mit dem reduzierten Haushaltsfreibetrag 330 DM mehr Steuern. Werden Sie sofort wie Singles besteuert, so fehlen ihnen sogar 1.700 DM in der Haushaltskasse. Bei einem Jahreseinkommen von 60.000 DM beträgt die Mehrbelastung 350 DM bzw. 2000 DM. Die höheren Steuern verschlingen in den meisten Fällen mehr als die Kindergeldhöhung von 30 DM bringt.

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter organisiert einen bundesweiten Protest gegen die ersatzlose Streichung der Steuerklasse II. *Mit 100.000 roten Postkarten „Ich bin kein Single...!“ fordern Alleinerziehende den Bundesfinanzminister in den nächsten Wochen auf, Steuergerechtigkeit für alle Familien herzustellen und für eine ausreichende Kinderförderung zu sorgen.* Die Aktion ist Mitte November gestartet und soll

- allein Erziehende darauf aufmerksam machen, dass die Steuerklasse II ersatzlos gestrichen wird (Hintergrundinformationen können beim VAMV per Postkarte angefordert werden)

- den Bundesfinanzminister (erneut) auffordern, Steuergerechtigkeit herzustellen und für eine ausreichende Kinderförderung zu sorgen. Hierzu sollen 100.000 Postkarten in der Zeit von Nov. 2001 bis 31.1.2002 im Bundesfinanzministerium eingehen.

Falls Sie sich an der Aktion beteiligen möchten: So lange der Vorrat reicht, verschickt der VAMV die Doppelkarten, wenn ihm ein frankierter und an die entsprechende Organisation/Person adressierter Umschlag geschickt wird. (bis 5 Stück im A-6-Umschlag 2,20 DM Porto; bis 30 Stück im A-5-Umschlag 3,00 DM Porto). *Die Adresse lautet:* VAMV Landesverband NRW e.V., Juliusstr. 13, 45128 Essen. Anfragen auch an: info@vamv-nrw.de

www.tacheles.wtal.de

Öffentlicher Personennahverkehr und Vergabegesetz

VER.DI: Abstimmung im Europäischen Parlament läuft auf Vergabegesetz hinaus Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) begrüßt den Beschluss vom 14. November 2001 des Europäischen Parlaments, eine neue Marktordnung im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) einzuführen: „Das zeigt, dass wir die Bundesregierung mit unserer Initiative für ein Vergabegesetz auf den richtigen Weg gebracht haben“, sagte Jan Kahmann vom ver.di-Bundesvorstand.

„Nun geht es darum, dass die Bundesregierung auch den Beschluss akzeptiert, dass Städte und Kreise im Rahmen des Gebots der öffentlichen Daseinsvorsorge das Recht behalten, Aufträge an eigene kommunale Verkehrsunternehmen zu vergeben, ohne eine Ausschreibung vorzunehmen“, so Kahmann weiter.

ver.di habe zu dieser Frage zusammen mit acht Verkehrsunternehmen ein umfangreiches Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Es komme zu dem Ergebnis, dass zur Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge auch das Recht der Erbringung derselben gehöre: „Offensichtlich hat dieses Rechtsguthaben Wirkung gezeigt und die Entscheidung des Europäischen Parlaments beeinflusst“, unterstrich Kahmann. „Wir werden nun aufmerksam weiter verfolgen, was in den Beratungen im europäischen Rat geschieht.“

Nach der Beschlussfassung sollen auch die Tarifverträge an dem Ort, wo tatsächlich die Leistung erbracht wird, ein Kriterium bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen sein. Außerdem wird durch die neue Marktordnung der Schutz der Beschäftigten hinsichtlich ihrer Einkommens- und Arbeitsbedingungen abgesichert, falls ein anderes Verkehrsunternehmen den Auftrag erhalten sollte. Dem Beschluss des Europäischen Parlaments folgt die Beratung im Verkehrsministerrat.

„In diesen Beratungen muss die deutsche Bundesregierung endlich Flagge zeigen und sich europäischen Entscheidungen anschließen“, sagte Jan Kahmann vom ver.di-Bundesvorstand. „Denn wenn den Städten und Kreisen nicht die Entscheidungshoheit verbleibt, ob sie sich etwa einem Unterbietungswettbewerb, der nur in Lohndumping enden kann und zu Lasten der Sicherheit aller geführt würde, anschließen wollen, wird der Wettbewerb sonst nur auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen“, so Kahmann. (pe ver.di, har)

Kein Akkord im Wald – weniger Unfälle

Seit dem 1. Oktober erhalten die Waldarbeiter in den Bundesforsten einen Monatslohn mit Forstzulage anstatt des bis-

her üblichen Stücklohns. Etwa 70% der rund 40.000 Waldarbeiter arbeiten nun zu Monatslohnbedingungen. Damit verfolgt die vertragschliessende Gewerkschaft (IG BAU) entgegen dem üblichen Trend eine Politik, die für bestimmte Bereiche auf Zeitlohn orientiert und an der alten Losung, dass Akkord Mord ist, festhält. Begründet wird dies insbesondere mit positiven Auswirkungen auf die Unfallzahlen. „Seit Einführung des Monatslohn tariffs in Niedersachsen beispielsweise sind die Unfallzahlen um 22 Prozent gesunken. Laut Untersuchungen der AOK Mittelfranken scheiden 86 Prozent aller Forstarbeiter wegen Berufs- und Erwerbsunfähigkeit im Alter zwischen 46 und 60 Jahren aus dem Berufsleben aus.“ (Der Grundstein/Der Säemann November 2001, rog)

Leichtlohn rassistisch begründet

Derzeit führt die IG BAU Tarifverhandlungen für den Garten- und Landschaftsbau, in dem bundesweit ca. 190.000 Beschäftigte arbeiten. 4,5% Prozent Lohnerhöhung und eine Schlechtwettergeldregelung analog zum Baugewerbe werden gefordert. Der Unternehmerverband hat 1,6 Prozent mit einer Laufzeit von 24 Monaten in Aussicht gestellt und will eine stärkere Arbeitszeitflexibilisierung durchsetzen, die bis zu 450 Stunden Vor- und Nacharbeit vorsieht. Zusätzlich will die Arbeitgeberseite die Einrichtung einer Leichtlohngruppe für Beschäftigte, „die der deutschen Sprache nicht mächtig sind“. Die IG BAU bezeichnete diese Forderung als „bodenlose, rassistisch motivierte Frechheit“. (IG BAU Medien Dienst 69/2001, rog)

Ein starkes Stück Management

7.11.01. Manager der Siemens-Mobilfunksparte ICM haben am 6.11. in mehreren von ihnen veranstalteten Abteilungsversammlungen am Standort München-Hofmannstr. angekündigt, dass demnächst in großem Maßstab „leistungsbedingte Kündigungen“ ausgesprochen werden. Davon sollen bei einzelnen Abteilungen bis zu 15% der Abteilung betroffen sein. Mit der Jagd auf „Minderleister“, „Low Performer“ oder „Flaschen“ (CSU-Staatsminister Erwin Huber) will das ICM-Management offensichtlich viele Mitarbeiter auf möglichst billige und geräuschlose Tour loswerden, ohne hohe Abfindungen und Turboprämien zahlen zu müssen. Das ICM-Management lehnt Alternativen wie Kurzarbeit oder Arbeitszeit-Reduzierung ab, die viele Arbeitsplätze erhalten und benötigte Fachkräfte weiter an Bord halten können. (PE IG Metall München, dil)

ckeln schwingen, die bereits 1995 für das Erwachen der sozialen Bewegung standen. Diese erste Marschstrecke wird die Forderungen der sozialen Bewegungen an die Öffentlichkeit bringen, die Forderungen nach der Umverteilung des Reichtums, der gleichen Rechte und der Freiheit. Die Marschierenden werden sich danach der Demonstration anschließen, die sich ab 11 Uhr von Brüssel aus zum Gipfel der Staatschefs bewegen wird. (Anm. d. Übersetzerin: Eisenbahner in Frankreich benutzen diese Fackeln, um bei ihrer Arbeit auf Gefahren hinzuweisen. Die ArbeiterInnen der Gewerkschaft SUD-Rail setzen sie bei Demonstrationen ein).

Der Marsch wird AktivistInnen der verschiedenen sozialen Bewegungen, der Erwerbslosen und prekär Beschäftigten, aber auch der Frauen, der „Menschen ohne Papiere“, der Bauern etc. zusammenführen.

Der Marsch wird die Form einer Kette des Widerstands und der Solidarität annehmen, die, Etappe für Etappe, Brüssel mit Sevilla verbindet. Die Marschrouten wird diskontinuierlich verlaufen und bevorzugt zu Aktionszeiten stattfinden. Nach dem symbolischen Auftakt am 14. Dezember geht es im Januar weiter in der Schweiz, insbesondere nach Davos Anfang Februar. Danach Frankreich im Februar, Barcelona im März und Sevilla im Juni 2002.

Die Regierungen schließen sich in ihre Bunker und „roten Zonen“ ein. Sie entscheiden über die Zukunft der Bevölkerung, ohne sie anzuhören. Dagegen steht der Marsch für einen alternativen, „horizontalen“, demokratischen Aufbruch. Dafür ist der Marsch eine hervorragende Form: er ist horizontal, und ruft die Basis der Gesellschaft dazu auf, sich direkt zu äußern. Er ermöglicht es lokalen und globalen Kämpfen, sich zu artikulieren. Jede Etappe wird eine Einladung an die BewohnerInnen und Beschäftigten sein, das Wort zu ergreifen, an „Volksversammlungen“, wo sie ihre Forderungen ausdrücken können. Übersetzung: Gitti Götz, Französisches Original: Erklärung von Bruxelles – www.euromarches.org



Ein Beitrag von IG Metall-Betriebsrat Karl Reif, Daimler-Chrysler Untertürkheim

Langzeitkonten – ein falscher Weg

Entnommen aus der neuesten Ausgabe des „Scheibenwischer“, Betriebszeitung der IG Metall für Daimler-Chrysler am Standort Stuttgart.

Bereits seit längerer Zeit verhandeln Gesamtbetriebsrat und Vorstand der DaimlerChrysler AG über die Einführung von Langzeitkonten. Die Verhandlungen stehen mittlerweile kurz vor einem Abschluss. Ich halte den angestrebten Weg jedoch für falsch und möchte an ein paar Punkten zum Nachdenken anregen und die Fallen aufzeigen, in die wir blindlings zu treten scheinen.

Geleistete Arbeitszeit muss vergütet werden

Am Anfang gleich zu einem zentralen Argument der Befürworter von Langzeitkonten:

„Geleistete Arbeitszeit muss vergütet werden. Verfallene Gleitzeitguthaben machen deshalb Langzeitkonten notwendig“.

Der Eingangs-Grundsatz ist richtig. Fragwürdig ist die daraus gezogene Konsequenz. Ich gehe davon aus, dass verfallene Gleitzeit – oder aber auch die Unmöglichkeit andere Zeitkonten im Rahmen des Ausgleichszeitraumes auszugleichen –, Anzeichen dafür sind, dass entweder die übertragenen Aufgaben falsch bemessen sind, oder für die vorhandenen Aufgaben zu wenig Personal zur Verfügung steht. Unser Bestreben müsste es deshalb sein, auf Leistungs- und Personalbemessung einen solchen Einfluss zu bekommen, dass Zeiten, die in ein Langzeitkonto fließen sollen, gar nicht erst anfallen.

Verlängerte Arbeitszeiten legalisieren?

Das eigentliche Problem ist jedoch: Langzeitkonten „bekämpfen“ nicht die Ursachen von Gleitzeitverfall und Arbeitszeitverlängerung, sondern werden dazu führen, verlängerte Arbeitszeiten zu „legalisieren“, statt sie zurückzudrängen.

Im Fall der derzeit bei DaimlerChrysler diskutierten Langzeitkonten, würden verlängerte Arbeitszeiten zu einem unerträglichen Dauerzustand werden. Dies lässt sich auch in den meisten aufgeführten Verwendungsmöglichkeiten des Zeitguthabens der Langzeitkonten ablesen: Teilzeitarbeit, vorgezogener Ruhestand, private Qualifizierung. Die genannten Verwendungen sind nur dann nutzbar, wenn die Langzeitkonten jahre- bis jahrzehntelang gefüllt werden, d.h. aber auch, dass über diesen Zeitraum die Arbeitszeit um ca. 10 Prozent verlängert wird – auf Grundlage der im Tarifvertrag verankerten 35 Stunden-Woche.

Noch schlimmer wird es bei Beschäftigten mit 40 Stunden-Verträgen: Zu ihrer vertragbedingt um 14,3 Prozent höheren Arbeitszeit werden sie möglicherweise noch bis zu 150 weitere Stunden ge-

leistete Arbeitszeit pro Jahr für das Langzeitkonto arbeiten. Dies entspricht insgesamt einer Überschreitung der tariflichen Arbeitszeit um 25 Prozent je Beschäftigten! Fazit: Auf diesem Weg kommen wir der Annäherung von tatsächlicher und tariflicher Arbeitszeit keinen Schritt näher. Das Gegenteil wäre eher der Fall.

Dauerhafte Mehrarbeit akzeptieren?

Im vorliegenden Entwurf einer Betriebsvereinbarung zum Thema Langzeitkonten ist außerdem von „in begrenztem Umfang zusätzliche Arbeit leisten“ und „Langzeitkonten sind kein Ersatz für

der Langzeitkontenregelungen würden wir jedoch diese Passage des Tarifvertrages ad absurdum führen.

„Langzeitkonten sind eine Alternative zu bezahlten Überstunden und somit wenigstens mittel- bis langfristig beschäftigungswirksam“ wird von den Befürwortern des Langzeitkontenmodells gerne eingewandt. Doch auch hier gilt: Dauerhafte Mehrarbeit in ein Langzeitkonto zu verschieben bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als dauerhafte Mehrarbeit zu akzeptieren. Für völlig unverstündlich halte ich auch die Möglichkeit einzuräumen, Freischichten in Langzeitkonten einzubringen. Da Freischichten in den Personalbedarf eingerechnet werden, würde das sofort personalreduzierend wirken! Deshalb Hände weg davon.

Ich bin überzeugt davon, dass aus den genannten Gründen Regelungen zu Langzeitkonten kontraproduktiv sind und keines der genannten Probleme lösen helfen. Ich befürchte sogar, dass Langzeitkonten zu einer weiteren Verschärfung der Probleme führen werden.

Ich plädiere deshalb dafür, unsere Überlegungen deutlich in Richtung „Begrenzung der Arbeitszeit“ zu verändern, anstatt der Zementierung verlängerter Arbeitszeiten Vorschub zu leisten.

(www.bw.igm.de/region/stuttgart, alk)

Pharmazeutische Industrie wehrt sich gegen Gesundheits-Sparpaket. – HB, Di,

12.11.01. – Gesundheitsministerin U. Schmidts Sparpaket im Gesundheitswesen sieht vor, dass die Apotheken den Patienten eines der fünf preiswertesten Medikamente mit dem gleichen Wirkstoff abgeben sollen, auch wenn der Arzt ein teureres Medikament verordnet hat: die so genannte „Aut-Idem-Regelung“. Diese Regelung müsse verhindert werden, sie führe zu ruinösem Preiswettbewerb zwischen den Unternehmen, erklärte der Vorsitzende des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie (BPI), B. Wegener. Die Unternehmen, vor allem die mittelständischen, könnten mit einer Regelung leben, bei der die Apotheken statt unter den fünf preiswertesten Medikamenten unter allen Präparaten auswählen kann, die nicht teurer als der Festbetrag sind.

Regierung sieht Reform der Gewerbesteuer als vorrangig an. – HB, Do,

15.11.01. – Bei der Übergabe des neuen Gutachtens des Sachverständigenrates hat der Bundeskanzler die Reform der Gewerbesteuer angekündigt. Die Wirtschaft nahm das Gutachten zum Anlass, Strukturreformen anzumahnen. Die aktuelle konjunkturelle Lage dürfe kein Vorwand sein, grundlegende Änderungen am Arbeitsmarkt, im Gesundheitswesen und in der Bildungspolitik aufzuschieben, meinte der DIHT.

Räumliche Nähe zu Osteuropa gefragt! – Deutschland bleibt für US-

Firmen attraktiv. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage der Amerikanischen Handelskammer in Deutschland. Zentraler Grund ist die räumliche Nähe zu Osteuropa.

Kirchen verlieren 600 Millionen DM Steuergelder. – Die katholische und die evangelische Kirche verlieren in diesem Jahr zusammen nach eigenen Angaben schätzungsweise fast 600

Mill. DM an Kirchensteuern. Zugleich rechnen sie mit einem deutlichen Minus auch für das Jahr 2002. Für die Mindereinnahmen wurden vor allem die schwache Konjunktur verantwortlich gemacht. Als Folge kündigten die Kirchen Einsparungen bei den Personalkosten an.

Bündnis für Arbeit soll Beschäftigung fördern. – HB, Fr/Sa, 16./17.11.2001. – Die Präsidenten der führenden Wirtschaftsverbände haben vom Bundes-

kanzler eine Politik für mehr Beschäftigung gefordert. Steuerentlastungen sollten vorgezogen, das Arbeitsrecht flexibilisiert und Lohnnebenkosten gesenkt werden.

Presseauswertung: rst

Der Parteirat der PDS ist tief unzufrieden mit dem Verhältnis zum Parteivorstand. Wir

dokumentieren im Folgenden den Offenen Brief der SprecherInnen des Parteirates an die Mitglieder und ständigen Gäste des Parteivorstandes:

Zum Verhältnis von Parteivorstand und Parteirat

Liebe Genossinnen und Genossen, am 10. November 2001 fand wieder einmal eine Sitzung des Parteirates statt, an der trotz der Aufforderungen in der letzten PV-Sitzung und in einem Schreiben von Dietmar Bartsch, nur ein Mitglied des Parteivorstandes, Edda Rydzy-Seifert, teilnahm.

Das verantwortliche Parteivorstandsmitglied Petra Pau hat uns am Donnerstag Abend vor der Parteiratsitzung durch ihren Mitarbeiter mitteilen lassen, dass sie ihre Zusage zur Teilnahme an unserer Sitzung zurück zieht.

Seitdem die stellvertretende Parteivorsitzende Petra Pau für die Zusammenarbeit mit dem Parteirat verantwortlich ist, nahm sie an 2 von 9 Sitzungen zeitweise teil.

Zu Beginn der Sitzung ging es in einer sehr sachlichen Debatte um den Antrag von Detlef Joseph (AG „JuristInnen“) zur Selbstauflösung des Parteirates.

Auch wenn das gemäß unseres Statutes nicht möglich ist, wurde in der Diskussion, an der sich fast alle anwesenden Parteiratsmitglieder beteiligten, das damit verbundene Problem sehr deutlich:

Die meisten Rednerinnen und Redner kritisierten zunehmende Tendenzen des Parteivorstandes, die innerparteiliche Demokratie zu missachten.

Wenn es nach einem für die PDS so wichtigen Parteitag, wie dem in Dresden, und aktuellen Entwicklungen, wie dem Krieg in Afghanistan und der drohenden deutschen Beteiligung daran, kein Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes für nötig hält, die Mitglieder des Parteirates zu konsultieren, so ist das ignorant und ein Ausdruck von Missachtung.

Immerhin sind im Parteirat Vertreter aller Gliederungen der Partei vertreten, die als Transporteur von Informationen und Meinungen zwischen Basis und Vorständen agieren.

Die Botschaft für die Vertreter des Parteirates hieß auch diesmal: „Der Parteivorstand ist nicht an unserer Meinung interessiert und hat uns nichts mitzuteilen.“

Ganz abgesehen davon, dass auch andere wichtige Probleme, wie „Auswertung der Wahlen in Berlin“ oder „PDS und ländlicher Raum“ auf der Tagesordnung standen. Selbst wenn es Gespräche zwischen Gabi Zimmer oder Dietmar Bartsch und den SprecherInnen des Parteirates gibt, bei denen stets

auf die Missachtung des Parteirates aufmerksam gemacht wird, hat sich am Sachverhalt nichts geändert.

Ausdrücklich möchten wir als Sprecher betonen, dass wir es leid sind, ständig als Botschafter des Parteivorstandes gesehen zu werden, auch wenn wir durch die Teilnahme an den Vorstandssitzungen über vieles informiert sind und die meisten Positionen des Parteivorstandes teilen.

Unser Auftrag besteht darin, die Arbeit des Parteirates zu koordinieren und gemäß der im Statut festgelegten Aufgaben zu handeln, was insbesondere auch bedeutet, auch auf Konflikte in der Partei aufmerksam zu machen.

Eine Position, die wir und der Parteirat nicht teilen, ist folgende:

Der Parteirat hat am Sonnabend einstimmig den Beschluss gefasst, den Parteivorstand aufzufordern, gemäß des vom Parteivorstand und vom Parteirat beschlossenen Finanzplanes für das Jahr 2001 die finanziellen Mittel für den Hamburger Landesverband frei zu geben. Politische Differenzen mit Teilen des Hamburger Landesverbandes, insbesondere der „Liste Links“, die auch die übergroße Mehrheit des Parteirates hat, kann man nicht mit finanziellem Druck lösen.

Leider hat das Ignorieren von Beschlüssen des Parteirates durch den Parteivorstand und die ungenügende Zusammenarbeit von Parteivorstand und Parteirat dazu geführt, dass langjährige aktive Parteiratsmitglieder von ihren Mandaten zurückgetreten sind oder sich gegen eine erneute Kandidatur in ihren Gliederungen ausgesprochen haben.

Selbstverständlich gehen wir nicht davon aus, dass der Parteirat außerhalb von Kritik steht. Wir sind uns bewusst, dass unser Wirken in die Partei hinein noch nicht den gewachsenen Anforderungen entspricht und die Politikfähigkeit des Parteirates weiter entwickelt werden muss. In diesem Sinne sind wir für Hinweise eurerseits offen.

Wir sind der Auffassung, dass die Mitglieder des Parteivorstandes sich dringend darüber verständigen müssen, wie sie das Potenzial der Mitglieder des Parteirates besser nutzen können.

Wir erwarten, dass unser Offener Brief Niederschlag in eurer Arbeit findet und wir gemeinsam Hindernisse aus dem Weg räumen, die es uns erschweren, noch konsequenter als Friedenspartei zu wirken und dem Ziel näher bringen, gestärkt in den Bundestag 2002 einzuziehen.

Mit solidarischen Grüßen: Kersten Naumann, Volker Steinke, Sprecherin/ Sprecher des Parteirates

PS: Diesen offenen Brief übergeben wir dem PID zur Veröffentlichung anstelle eines Berichtes von unserer Sitzung vom 10.11.2001.

Mit zwei Initiativen versuchen Freiburger Juristen derzeit auf die aktuellen Ereignisse einzuwirken. In einer „Freiburger Juristenerklärung zur Achtung des Völkerrechts“ wird dafür plädiert, die Bundeswehr-Bereitstellung für den weltweiten Anti-Terror-Kampf noch einmal zu überdenken. Zum anderen setzen sich Freiburger Menschenrechtsjuristen für die Einrichtung eines Internationalen Strafgerichts gegen den Terrorismus ein.

In einem offenen Brief wandten sich 130 Unterzeichner, darunter viele wissenschaftliche Mitarbeiter des Freiburger Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburger Rechtsanwälte, Richter und Rechtsreferendare, an den Bundestag. Nach ihrer Ansicht steht die völkerrechtliche Zulässigkeit der Militäraktionen gegen Afghanistan „nicht zweifelsfrei“ fest. So habe der UN-Sicherheitsrat nie ausdrücklich festgestellt, dass sich die USA bei ihren Militärschlägen auf ein Selbstverteidigungsrecht stützen können.

Die Unterzeichner halten die Rechtmäßigkeit der Angriffe für fraglich.

Sie warnen die Abgeordneten vor einem möglichen Verstoß gegen das Gewaltverbot der UN-Charta.

Den konkreten Antrag der Bundesregierung halten die Juristen für zu unbestimmt, da er weder ein bestimmtes Einsatzgebiet noch einen bestimmten Einsatzzweck für die Bundeswehr definiere.

Zuvor hatte die „Freiburger Kommission für Menschenrechte“ an Kanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer appelliert, sich für ein Internationales Strafgericht gegen Terroristen einzusetzen. Die seit mehr als zehn Jahren bestehende Kommission um Rechtsanwalt Konstantin Thun, den Richter Edlef Lange und den Privatdozenten Kai Ambos wird vom Freiburger Anwaltverein und dem Verein der Richter und Staatsanwälte getragen.

Die Juristen schlagen vor, dass der UN-Sicherheitsrat ein internationales Ad-hoc-Strafgericht einrichtet. Dieses soll für terroristische Verbrechen zuständig sein, die seit den Attentaten vom 11. September begangen wurden. Sie verweisen als Beispiel auf die Tribunale zur Aufarbeitung der Verbrechen im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda. In einem Schreiben des deutschen Außenministeriums heißt es jetzt aber: Die Einrichtung eines solchen Gerichts sei „in jeder Hinsicht aufwändig und nicht immer Erfolg versprechend“. Rechtsanwalt Thun meint dazu: „Militärinterventionen sind noch viel aufwändiger und auch nicht immer Erfolg versprechend.“

(Christian Rath)

Offener Brief wendet sich gegen die Bereitstellung der Bundeswehr im Anti-Terror-Kampf

Freiburger Juristen-Erklärung zur Achtung des Völkerrechts

Offener Brief an den Deutschen Bundestag zur Abstimmung über den Bundeswehrein-satz gegen Afghanistan

Der Deutsche Bundestag wird über die militärische Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Bekämpfung des internationalen Terrorismus entscheiden. Diese Entscheidung kann und darf nur nach eingehender Diskussion und auf Grundlage aller notwendigen Informationen über die Terroranschläge vom 11. September, ihre Hintermänner und die gegen diese geplanten Maßnahmen getroffen werden. Zu dieser Diskussion soll das vorliegende Papier beitragen. Es wird dargelegt, dass die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich nicht verpflichtet ist, sich militärisch an der Bekämpfung des Terrorismus zu beteiligen, und dass die völkerrechtliche Zulässigkeit der Militärschläge in Afghanistan nicht zweifelsfrei feststeht. Stellt sich später heraus, dass Afghanistan zu Unrecht angegriffen wurde, so haftet die Bundesrepublik mit allen völkerrechtlichen Konsequenzen.

1. Die Bundesrepublik ist völkerrechtlich nicht verpflichtet, sich mit militärischen Mitteln an der Bekämpfung des Terrorismus zu beteiligen.

Eine völkerrechtliche Pflicht der Bundesrepublik Deutschland, sich an militärischen Maßnahmen gegen den Terrorismus zu beteiligen, ergibt sich weder aus Art. 5 des NATO-Vertrages noch aus den Resolutionen 1368 und 1373 des UN-Sicherheitsrates.

Art. 5 NATO-Vertrag verpflichtet die Mitgliedstaaten, im Fall eines bewaffneten Angriffes gegen einen anderen NATO-Staat diesem Beistand zu leisten, indem jeder von ihnen Maßnahmen trifft, die er für erforderlich erachtet, um die Sicherheit im Bündnisgebiet wiederherzustellen. Diese Maßnahmen können die Anwendung von Waffengewalt umfassen. Welche Maßnahmen die Bundesrepublik für erforderlich hält, entscheidet sie jedoch selbst und souverän. Über den Einsatz der Bundeswehr entscheiden der Bundestag und alle seine Abgeordneten in eigener Verantwortung. Ein rechtlicher

Automatismus von den Terroranschlägen des 11. September über die Feststellung des Bündnisfalles zum Einsatz der Bundeswehr besteht nicht.

Die Resolutionen des Sicherheitsrates verpflichten die UN-Mitglieder dazu, bestimmte Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus zu ergreifen. Eine Pflicht, gerade militärische Maßnahmen zu ergreifen oder gar gegen die Taliban in

halten selbst keine Grundlage für die Militärschläge in Afghanistan.

Der Sicherheitsrat kann auf Grundlage von Kapitel 7 der UN-Satzung Staaten zum Einsatz militärischer Gewalt ermächtigen, um eine Bedrohung des internationalen Friedens abzuwenden. Der Sicherheitsrat hat zwar in beiden Resolutionen zum Ausdruck gebracht, dass er in den Terroranschlägen vom 11. Sep-



Aktion vor dem Büro der SPD Köln

Afghanistan vorzugehen, enthalten die Resolutionen jedoch nicht. So haben die Sicherheitsratsmitglieder Russland und China deutlich gemacht, dass sie sich nicht aktiv an Kampfeinsätzen beteiligen werden.

2. Die völkerrechtliche Zulässigkeit der Militärschläge in Afghanistan steht entgegen der Auffassung der Bundesregierung nicht fest.

Militärische Angriffe auf einen Staat sind nach Art. 2 Ziffer 4 der UN-Satzung grundsätzlich verboten und nur unter engen Voraussetzungen ausnahmsweise zulässig. Die Bundesregierung stützt sich zur Rechtfertigung der Militärschläge in Afghanistan im Wesentlichen auf die Resolutionen 1368 und 1373 des UN-Sicherheitsrates und auf das Selbstverteidigungsrecht gemäß Art. 51 der UN-Satzung.

Die Sicherheitsratsresolutionen ent-

tember – wie in jedem Akt des internationalen Terrorismus – eine Bedrohung des internationalen Friedens sehe. Er hat jedoch keine Ermächtigung zur Gewaltanwendung ausgesprochen. Resolution 1368 normiert weder Rechte noch Pflichten. Dies ergibt sich aus dem Wortlaut und daraus, dass sie nicht auf Kapitel 7 der UN-Satzung gestützt ist. Der Sicherheitsrat ruft die Staaten lediglich dazu auf („calls on“), die Attentäter und ihre Hintermänner und Helfer vor Gericht zu stellen. Erst in Resolution 1373 verpflichtet der Sicherheitsrat die UN-Mitglieder unter Berufung auf Kapitel 7 zu Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus. Diese Maßnahmen sind jedoch nach dem Wortlaut und der Systematik der Resolution auf dem Gebiet des verpflichteten Staates oder im Wege der polizeilichen oder justiziellen Zusammenarbeit vorzunehmen. Der Präsident des Sicherheitsrates selbst hat in der von der Bundesregierung im Beschlussantrag zitierten Presseerklärung vom 8. Oktober dargelegt, dass die Resolution auf die Unterbindung der Finanzierung und Unterstützung des internationalen

Terrorismus abziele (Press Release AFG/152 SC/7167, 8.10.2001). In seiner bisherigen Praxis hat der Sicherheitsrat stets den Begriff „Ermächtigung“ (authorization) gebraucht, wenn er den Einsatz von Gewalt zulassen wollte. Dies ist in keiner der beiden Resolutionen gesehen.

Wollte man in den Resolutionen dennoch eine Grundlage für eine Gewaltanwendung sehen, so hätte dies schwerwiegende Konsequenzen: In den Resolutionen werden jegliche Terroranschläge als Friedensbedrohung bezeichnet. Daher würde eine Ermächtigung, zur Bekämpfung von „Terrorismus“ Krieg zu führen, für alle Staaten zeitlich und räumlich unbegrenzt gelten. Damit dürfte künftig jeder Staat unter Berufung auf die Terrorismusgefahr das Gewaltverbot außer Acht lassen, obwohl es bisher keine anerkannte völkerrechtliche Definition des Terrorismus gibt.

Der Sicherheitsrat hat die Voraussetzungen des Selbstverteidigungsrechts nach Art. 51 UN-Satzung nicht festgestellt.

In keiner der genannten Resolutionen wird festgestellt, dass die Anschläge vom 11. September ein Selbstverteidigungsrecht der Vereinigten Staaten gegen die Taliban ausgelöst haben. Der Sicherheitsrat bekräftigt lediglich in allgemeiner Weise, dass die UN-Satzung ein Selbstverteidigungsrecht anerkennt. Auch aus der Feststellung einer Friedensbedrohung kann nicht auf das Recht zur Selbstverteidigung geschlossen werden. Denn das Selbstverteidigungsrecht erfordert einen bewaffneten Angriff, dessen Voraussetzungen wesentlich enger sind als die Voraussetzungen einer Friedensbedrohung. Selbstverteidigung gegen eine bloße Friedensbedrohung gibt es nach der Satzung der Vereinten Nationen nicht. Zur verbindlichen Feststellung der Voraussetzungen des Selbstverteidigungsrechts im konkreten Fall wäre im Übrigen nur ein völkerrechtliches Gericht befugt, nicht aber der Sicherheitsrat.

Die Zulässigkeit der Militärschläge nach Art. 51 UN-Satzung ist fraglich.

Art. 51 der UN-Satzung erlaubt die Anwendung von Gewalt gegen einen anderen Staat zur Verteidigung gegen einen bewaffneten Angriff, der von diesem Staat ausgeht. Die Militärschläge gegen die Taliban in Afghanistan sind also nur dann zulässig, wenn diese (a) für die Terroranschläge vom 11. September verantwortlich sind, wenn (b) in naher Zukunft weitere schwere Anschläge von Afghanistan aus drohen und wenn (c) die Militärschläge notwendig sind, um weitere Anschläge zu verhindern.

Zur Feststellung dieser Voraussetzungen ist allein der Deutsche Bundestag berechtigt.

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages können diese Entscheidung nur dann treffen, wenn sie über die hierfür erforderlichen Informationen verfü-

gen. Sie müssen im Hinblick auf den Verfassungsgrundsatz des friedlichen Zusammenlebens der Völker vor einer Ermächtigung der Bundesregierung zum Einsatz von Gewalt insbesondere davon überzeugt sein,

- dass Usama bin Ladin für die Terroranschläge verantwortlich ist;
- dass die Taliban ihm die Vorbereitung der Anschläge in Afghanistan erlaubt haben;
- dass von Afghanistan ausgehend weitere Terroranschläge drohen;
- dass diese durch Militärschläge verhindert werden können; und
- dass die geplanten Militärschläge nicht über das unbedingt erforderliche Maß hinausgehen.

Erweist sich die Einschätzung des Bundestages nachträglich als unzutreffend, so ändert ein solcher Irrtum nichts daran, dass die Bundesrepublik für ihren Verstoß gegen das Gewaltverbot in vollem Umfang völkerrechtlich verantwortlich ist.

3. Der Bundestag darf seine Entscheidungsbefugnis nicht durch eine Generalermächtigung aufgeben.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 12. Juli 1994 (BVerfGE 90, 286) betont, dass der Bundestag dem „konkreten Einsatz“ der Bundeswehr zustimmen muss (a.a.O., S. 387, Hervorhebung im Original). Dies erfordert zumindest eine Eingrenzung nach einem bestimmten Einsatzgebiet und einem bestimmten Einsatzzweck. Der Antrag der Bundesregierung ist insofern in seinen Ziffern 3 (Auftrag), 5 (Einzusetzende Kräfte) und 7 (Einsatzgebiet) zu unbestimmt.

Freiburg, 12. Nov. 01

Zu den über 130 UnterzeichnerInnen dieser Erklärung gehören: Priv.

-Doz. Dr. jur. Kai Ambros; RA Priv.-Doz. Dr. jur. Jörg Arnold; RA Dr. jur. Stephan Baedeker; RA Holger Barth; Dr. phil. Ulrich Baumann; Ass. jur. Anke Biehler; Ref. jur. Timo Christians; Dr. jur. Werner Cordes; Dr. jur. Dr. h.c. Karin Cornils; Ref. jur. Vigor Fröhmecke; Dir. AG Bruno Gebele; Dr. jur. Sabine Gleß; Ass. jur. Nils Grassmann; Ass. jur. Helmut Gropengießer; Ref. jur. Nimet Güller; Prof. Dr. jur. Günter Heine; RA Detlev Heyder; Dr. jur. Martin Hochhuth; Richter Klaus Hoffmann; Jochen Jähnke M.A.; Ass. jur. Konstanze Jarvers; Ref. jur. Nora Karsten; RA Dr. Udo Kauß; Dr. jur. Heidrun Kiessl; Dr. jur. Michael Kilchling; RA Dr. jur. Michael Kleine-Cosack; Ass. jur. Alexis von Komorowski; Dr. rer. nat. Monika Kortenjann; Ass. jur. Helmut Kreicker; Prof. Dr. jur. Josef Kürzinger; Prof. Dr. phil. Helmut Kury; Ref. jur. Anna Luczak; Ass. jur. Jörg Meißner; RA Nikolaus Möllinger; RA Michael Moos; RA Olaf Müller; Ass. jur. Jan Christoph Nemitz; Dr. phil. Rüdiger Ortman; RA'in Jasmina Pribic; Ass. jur. Christiane Rabenstein; Prof. Dr. phil. Wolfgang Reinhard; Dr. jur. Thomas Richter; Ass. jur. Lucas Schmidt; RA Beatrice Schrade; Ass. jur. Jan Michael Simon; RA Dr. jur. Konstantin Thun; Ref. jur. Julie Trappe; Dr. phil. Joachim Valentin; RA Maria Viethen; Dr. med. Verena Wild-Barth; Ass. jur. Steffen Wirth; RA Dr. jur. Thomas Wittich.

In einer abgeschiedenen Gegend in der Nähe von Münsingen auf der Schwäbischen Alb (Kreis Reutlingen) liegt das Schloss Grafeneck. Hier brachten im Jahre 1940 Ärzte und Helfer 10.654 Menschen um – Männern, Frauen und Kindern.

Die Bedeutung des Ortes Grafeneck geht durch die Geschehnisse des Jahres 1940 weit über lokale und regionale Bedeutung hinaus. Zu einer Vernichtungsanstalt umfunktioniert und mit einer Gaskammer ausgestattet – der ersten der Menschheits- und Weltgeschichte überhaupt, in der industriell gemordet wurde – war Grafeneck der Ort, an dem am 18. Januar 1940 die systematische Tötung von Menschen im nationalsozialistischen Deutschland begann und die sogenannte NS-„Euthanasie“-Aktion T4 ihren Anfang nahm. Mit der Erfassung aller jüdischen Patienten in den psychiatrischen Einrichtungen Württembergs und Badens und deren Tötung in Grafeneck sowie der späteren Übernahme der Technologie und des Personals der Gasmordanstalten begann hier auch der Weg in den Holocaust, die Ermordung der deutschen und europäischen Juden.

Der folgende Artikel bringt die notwendige Aufklärung über die skandalöse Behandlung dieses Verbrechens in der Nachkriegsgeschichte in der BRD, wo die Täter in „Amt und Würden“ ihren Geschäften nachgingen, während die überlebenden Opfer in Armut lebten.

hav

„... bedeutet sein Tod Erlösung“

Von Edith Lass

Die nationalsozialistischen Euthanasiemorde an badischen Pflegeheimbewohnern wurden im November 1948 vor dem Freiburger Landgericht juristisch aufgearbeitet.

Im Gerichtssaal herrscht eine bedrückende Stille, als in den Novembertagen des Jahres 1948 vier Überlebende der Aktion T4 berichten, wie sie im letzten Moment der Gaskammer entkommen waren. Einer von ihnen, ein ehemaliger Soldat, beschrieb, wie er und weitere Pflegeheimbewohner nach Ankunft in der Vernichtungsanstalt Grafeneck dazu aufgefordert wurden, sich vollständig ausziehen: „Ich war eben damit beschäftigt, als ein Mann vorbei ging und fragte, ob Kriegsteilnehmer dabei wären. Darauf meldete ich mich, und auch zwei andere Männer. Wir drei mußten uns dann wieder ankleiden und wurden in ein kleines Nebenzimmer geführt. Dort mußten wir unsere Papiere vorzeigen, ich hatte meinen alten Militärpaß bei mir“. Etwa zwei

Stunden später wurden diese 3 Männer, die ihr Lebensrecht durch „Vaterlandsverteidigung“ erkämpft hatten, wieder in die Pflegeanstalt zurückgebracht, von der sie am Morgen des 29. Nov. 1940 abgeholt worden waren. Die vierte Überlebende, Maria Vollmer (Name geändert), konnte die sogenannten Intelligenzfragen bei einer letzten Scheinuntersuchung klar beantworten und wurde wahrscheinlich deshalb in die Heilanstalt Zwiefalten (bei Ulm) rückverlegt. „In Grafeneck saßen hinter Tischen etwa 6 Männer, möglicherweise waren es Ärzte. Von einem dieser Männer wurde ich eingehend ausgefragt. Ich schätze, dass es etwa eine Stunde gedauert hat. Dann kam ein Wärter, ich mußte meinen Rücken frei machen und der Wärter entfernte die Nummer auf meinem Rücken.“

Damit entgingen diese vier dem Schicksal der meisten Bewohner und Bewohnerinnen von Pflegeeinrichtungen und Psychiatrien, die Anfang der 40er Jahre in grauen Omnibussen abgeholt wurden. Sie wurden Opfer der nationalsozialistischen Propaganda, die in menschenverachtendem Vokabular von „Ballastexistenzen“ und „Euthanasie“ (wörtlich: sanfter Tod) sprachen, aber Mord meinten. Über 70 000 behinderte und kranke Menschen wurden während der Aktion T4 in sechs verschiedenen Vernichtungsanstalten vergast, weil sie dem „Deutschtum“ nicht entsprachen und so-



Mit fensterverhangenen Bussen wurden Patienten in die Gaskammern transportiert.

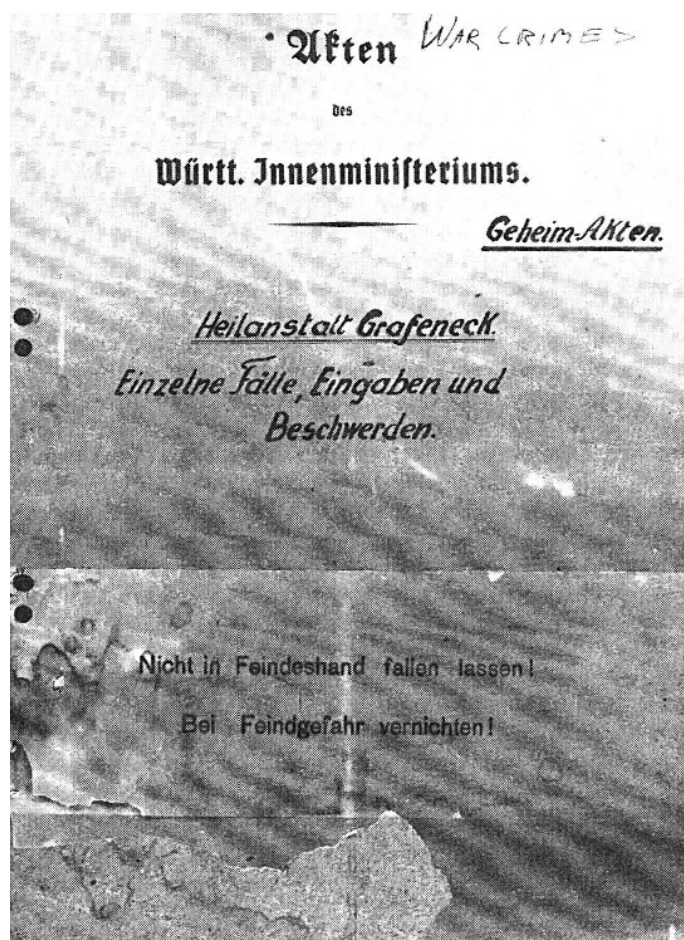
mit als „lebensunwert“ diffamiert wurden. Das Kürzel T4 stand für den Sitz der Mordzentrale in der Tiergartenstr. 4 in Berlin.

Ende der 40iger Jahre machten sich deutsche Gerichte an die juristische Aufarbeitung der systematischen Vernichtung von hilfsbedürftigen Menschen. In Freiburg eröffnete das Landgericht im November 1948 ein Verfahren gegen die Verantwortlichen in Baden, den Arzt Artur Schreck und den Verwaltungsbeamten Ludwig Sprauer. Dabei erfuhren die Richter von den brutalen Abtransporten aus badischen Pflegeanstalten in die 1939 errichtete Vernichtungsanstalt Grafeneck bei Tübingen. Die Leichen wurden dort Tag und Nacht im nahen Krematorium verbrannt und die Asche als Dünger verwendet. Die Angehörigen der Ermordeten täuschte man mit Hilfe einer ganzen

Abteilung von „Trostbriefschreiberinnen“, die die gefälschten Totenscheine mit dem Hinweis versahen: „Bei seiner schweren unheilbaren Erkrankung bedeutet sein Tod Erlösung für ihn“. Alle T4-Ärzte unterschrieben den Totenschein mit falschem Namen, genauso falsch waren Todesursache und -datum. Den Hinterbliebenen wurde lediglich eine Urne übersandt, denn „aus seuchenpolizeilichen Erwägungen mußte der Verstorbene sofort eingäschert werden“.

Die Freiburger Richter befragten ehemalige Pflegerinnen, Ärzte, in der Verwaltung Angestellte sowie Angehörige und Überlebende, um sich ein umfassendes Bild der Aktion T4 zu machen. Dabei hatte manche Aussage der geladenen Zeugen und Zeuginnen eher beschönigenden Charakter, als einen wahrheitsdienlichen, denn das Personal trug teilweise zum reibungslosen Ablauf der Abtransporte bei, oder war sogar in der Vernichtungsanstalt „beschäftigt“, wollte sich aber nicht selbst belasten. Um so bedeutender sind Schilderungen wie die von Maria Vollmer, weil sie authentisch über die Lebensbedingungen in den Pflegeheimen und die letzten Stunden in der Vernichtungsanstalt berichten konnte.

Im Juni 1933 erlitt Frau Vollmer in Karlsruhe einen schweren Verkehrsunfall und fühlte sich in der Folgezeit auf verkehrsreichen Straßen unsicher und ängstlich. „In meinem Bekanntenkreis trat im Laufe der Zeit die Ansicht zutage, dass ich einer Geistesstörung unterliegen müsse“, berichtet sie 1948 vor Gericht. Aus Angst wagte sie es nicht einen Arzt aufzusuchen. Die Unsicherheit bereitete ihr schlaflose Nächte und nagte an ihrem seelischen Gleichgewicht, bis sie im Jahre 1936 einen Nervenzusammenbruch erlitt. Der behandelnde Arzt



Sie wussten, dass sie Unrecht taten: Aktenvermerk: „Nicht in Feindeshand fallen lassen! Bei Feindgefahr vernichten!“

schickte Frau Vollmer zur Genesung in die Heilanstalt Illenau (bei Achern), wo sie eine Insulinschlafbehandlung erdulden mußte. „Die Behandlung in Illenau hat mir keineswegs zugesagt und ich habe die behandelnden Ärzte immer und immer wieder darauf aufmerksam gemacht.“ Sie fordert mehrmals ihre Entlassung, da sie nicht geisteskrank wäre.

Nach drei Monaten darf Frau Vollmer die Heimfahrt antreten und wird von einer Pflegerin begleitet, die sie jedoch vom Bahnhof Karlsruhe direkt in die Landesfrauenklinik brachte, „wo die Sterilisation an mir vorgenommen wurde“. Im Sinne der „Rassenhygiene“ wurden in Deutschland ab 1934 Zwangssterilisationen durchgeführt. Ihr Ehemann hatte dies durch eine Eingabe beim Erbgesundheitsgericht erwirkt, vermutete Frau Vollmer, denn als sie nach Hause kam, stellte sie fest, dass ihr Gatte eine Beziehung zu einer anderen Frau eingegangen war. „Er hatte sich völlig von mir abgewendet und blieb öfters Nächte lang außer Haus. Ich machte ihm dieserhalb häufig Vorwürfe und in meiner verständlichen Eifersucht kam es manchmal zu Streitigkeiten. Im Anschluß an einen solchen Streit, ließ mich mein Mann kurzerhand nach Illenau zurück bringen. Diese Maßnahme gelang ihm nur deshalb, weil ich mich zu Beschimpfungen des Dritten Reiches hinreißen ließ, und er mit diesem Vorbringen bei der zuständigen Behörde sehr schnell Gehör und die Erfüllung seines Wunsches fand.“

Im Herbst 1937 wird die 34-jährige Frau Vollmer wieder in die Anstalt Illenau eingewiesen.

Dort wehrte sie sich vehement gegen die Zwangsunterbringung und die grausame Behandlung durch den Abteilungsarzt Dr. Gustav Schneider. „Dieser hat mich öfters zu Versuchen benutzt, die meinen energischen Protest auslösten“. Bei diesen Experimenten wurden ihr mit einer langen Nadel Stiche in der Gegend des Rückenmarks beige-

bracht, „die er als Punction bezeichnete. Diese Behandlung hat mir große Schmerzen bereitet und ich habe ihm gesagt, er möge seine Versuche an einem Sägbock und nicht an mir vornehmen, was mir seinen besonderen Haß einbrachte“. Auch in der staatlichen Heilanstalt Zwiefalten, in die sie im Frühjahr 1941 verlegt wurde, lernte sie den zuständigen Arzt nur als Unmensch kennen: „In einem Zellengang mußten wir auf dem Boden liegend die Nächte verbringen. Es traten jede Nacht 3–4 Todesfälle ein und der Dr. Schreck wurde unter uns Anstaltsinsassen nur als Metzger bezeichnet.“ Gemeint war jener Artur Schreck, der 1948 als Hauptbeschuldigter vor dem Freiburger Gericht stand. Nach vier Wochen Aufenthalt wurde Frau Vollmer gemeinsam mit anderen Frauen nach Grafeneck transportiert, und bei einer letzten Routinebefragung von der Vergasung zurückgestellt. Nach Aktenlage sind in Grafeneck nur 29 der

antransportierten Patienten nicht vergast worden, etwa 10.000 starben durch Kohlenmonoxydgas, das in die „Duschräume“ eingelassen wurde.

Obwohl die Aktion T4 strengster Geheimhaltung unterlag, sprachen sich die Morde in der Bevölkerung und unter den Heimbewohnern schnell herum. Von den vielen diesbezüglichen Gerichtsaussagen, drückte Schwester Ildefonsa von der Freiburger Kreispflegeanstalt das am Deutlichsten aus: „Das seltsamste bei alledem war, dass unsere Pfleglinge von der sogenannten Euthanasie viel mehr wußten als wir selber. Sie erfuhren von diesen Dingen bei ihren Ausgängen in der Stadt und brachten uns dann diese Geschichten mit. Wir Schwestern sprachen dann bei Tisch darüber und hielten das für unsinnige Gerüchte, bis nach dem ersten Transport die ersten Todesnachrichten kamen.“ Die Betroffenen nahmen das „Gerede“ jedoch ernst und versuchten

auf unterschiedlichen Wegen ihr Leben zu retten. Viele schrieben an ihre Angehörige und bitten darum, „das ich zu Dir kommen dürfte“. Eine Patientin der Anstalt Stetten schreibt an ihre „Lieben Eltern und Geschwister! Ich lebe wieder in einer Angst, weil die Autos wieder hier waren. Das sind keine Vermutungen, das ist alles wahr, was ich berichte, die Regierung will nicht mehr so viel Anstalten, und uns wollen sie auf die Seite schaffen“. Ehemalige Angestellte der Pflegeeinrichtungen berichteten im Freiburger Gerichtssaal von „unvorstellbaren Szenen“, bei denen sich die Patienten verzweifelt an Dachsparren, Türkliniken oder Treppengeländer festklammerten, weinten und schrienen oder vor dem Anstaltsdirektor niederknieten und um Hilfe flehten. Auch Frau Vollmer suchte nach „Möglichkeiten zur Gegenwehr. Ich war bestrebt zu entfliehen, konnte aber keine passende Gelegenheit mehr finden“. Die Flucht von Maria G. hingegen, verlief erfolgreich. Nachdem sie sich bei ihrem Vater versteckt hatte, erhielt dieser die Benachrichtigung, dass seine Tochter tödlich verunglückt sei und ihre Asche in Grafeneck abgeholt werden könne. Die Schergen hatten ihr Verschwinden gar nicht bemerkt.



Ärzte in den Vergasungsanstalten:
linke Spalte: Dr. med. Horst Schumann,
Dr. med. Kurt Borm
rechte Spalte: Dr. med. Georg Renno,
Dr. med. Friedrich Berner,
Dr. med. Irmfried Eberl



Im Herbst 1942 wurde Frau Vollmer in die Heilanstalt Emmendingen verlegt und ein Jahr später, auf Grund ihres beharrlichen Protestes, freigelassen. Nach dem Ende des Nationalsozialismus sollte Frau Vollmer von einem Karlsruher Kriminalassistenten zu ihren Erlebnissen befragt werden. Sie war zunächst nicht bereit zu Auskünften. Der ermittelnde Beamte vermerkte in den Akten, dass Frau Vollmer große Angst vor nachteiligen Folgen hat. „Der Eindruck, dass sie heute noch unter den Nachwirkungen des Erlebten in den Heilanstalten leidet, läßt sich nicht verkennen.“ Erst nach dem er ihr Vertrauen gewann, war sie zu Aussagen bereit. Er empfiehlt sie wegen ihres „klaren Verstandes“ und



Er musste nicht vor Gericht: Dr. Gustav Schneider, Arzt in Illenau

„erstaunlich gutem Erinnerungsvermögens“ als Zeugin für den Prozess vor dem Freiburger Landgericht und fügt noch hinzu: „Sie lebt unter ärmlichsten Verhältnissen in einer primitiven Hinterhauswohnung und ist Fürsorgeempfängerin des Städtischen Wohlfahrtsamtes.“ Ganz im Gegensatz zu ihren Peinigern. Dr. Artur Schreck hatte sich als T4-Gutachter betätigt und in über 15 000 Fällen über Tod oder Leben entschieden. Er und Ludwig Sprauer, der als Medizinalreferent des badischen Ministeriums die Verlegung in die Vernichtungsanstalt organisierte, wurden wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslänglich verurteilt. Im Revisionsverfahren reduzierten sich die Strafen auf 12 Jahren bzw. 11 Jahre. Ein 1951 ergangener Gnadenlass sorgte jedoch für Freiheit und gesellschaftliche Rehabilitation. Beide erhielten 1954 die bürgerlichen Ehrenrechte zurück sowie einen monatlichen Unterhaltsbeitrag von damals stattlichen 450 DM. Bei Dr. Gustav Schneider kommt es erst gar nicht zu einem Verfahren, das Freiburger Landgericht setzt ihn außer Strafverfolgung. Mitte 1960 wird Schneider Amtsarzt beim Staatlichen Gesundheitsamt in Rastatt und entscheidet u.a. über Versorgungsansprüche kranker Menschen.

Rezension

Václav Kural: Konflikt anstatt Gemeinschaft?

In deutscher Übersetzung ist soeben *Konflikt anstatt Gemeinschaft? – Tschechen und Deutsche im tschechoslowakischen Staat (1918–1938)* erschienen. Der Autor, Václav Kural, Historiker, war im Prager Frühling aktiv. 1969 erlitt er ein Berufsverbot. Das insgesamt zweibändige Werk – der zweite Band behandelt unter dem Titel „Statt Gemeinschaft ein Auseinandergehen“ die Zeit von 1938 bis 1947 – entstand im Wohnwagen. Inzwischen ist Kural Mitglied der deutsch-tschechischen Historikerkommission.

Geschichtsschreibung hält als Wissenschaft die Daten fest. Aber auf geklärter Datenbasis zu berichten was geschah, so, dass die Ereignisse und Personen im Verständnis der Leser lebendig werden, das ist auch eine Kunst. Václav Kural ist sie gegeben. Die Übersetzung durch Frau Lenka Reinerova hat die glückliche Verbindung von Sachlichkeit und Anteilnahme ins Deutsche herübergehoben. Man liest auf Deutsch, aber einen tschechischen Text, das ist schön, wenn auch die eine oder andere Passage dabei ein wenig rau geblieben ist und im Deutschen sehr ungewöhnliche Fremdworte dann und wann nachgeschlagen werden müssen.

In der Auseinandersetzung mit den Rechtfertigungslegenden und dem Denken in politischen Ansprüchen, die das sudetendeutsche Verbandswesen für die expansive Ostpolitik der BRD bereitstellt, kann dieses Buch eine große Bedeutung erlangen. Kural verschmäht es, Gegebenheiten und Entwicklungen, an denen sich die sudetendeutsche Bevölkerung in der Tschechoslowakei stieß und rieb, schweigend oder verharmlosend zu übergehen. Er stellt diese Konflikte in

den Zusammenhang des Kampfes um eine demokratische Gestaltung Mitteleuropas.

Die befremdliche Situation, dass Kritiker und Verfechter der sudetendeutschen Propaganda nicht von der selben Welt zu sprechen scheinen, wenn sie über diese Zeit reden, könnte durch Kural's Darstellung, in der alles vorkommt, aufgebrochen werden.

Seine These, dass die völkische und großdeutsche Politik die Tschechoslowakei um die Chance brachte, sich aus einem Nationalstaat zu einem Nationalitätenstaat zu entwickeln, hat ja auch Perspektive und aktuelles Interesse.

Wenn wir heute in der BRD große, durch kulturelle Faktoren, Traditionen und Ausprägungen der Lebensweise kenntliche Minderheiten sehen, müssen wir auch feststellen, dass die BRD darauf mit dem Konzept des Nationalstaates antwortet, also reaktionär. Und auch gewalttätig, gleichschaltend und einbindend durch Ausnutzung des staatlichen Gewaltmonopols.

Auf dem Wege zu einem Staat der Nationalitäten war freilich die tschechoslowakische Gesellschaft jener Zeit der BRD-Gesellschaft von heute um viele, viele Schritte voraus. Der Rezensent empfiehlt das Buch gerne, es gibt darin viel zu erfahren, es eignet sich zum Nachschlagen, und es lehrt, wie man etwas zugeht, ohne sich aufzugeben. *maf, DTN 34*

Václav Kural. Konflikt anstatt Gemeinschaft? Tschechen und Deutsche im tschechoslowakischen Staat (1918–1938).

Übersetzt von Lenka Reinerová

Hrg. Institut für internationale Beziehungen in Prag. 2001. ISBN: 80-86506-04-5

Bestellungen über die Redaktion der Deutsch-Tschechischen Nachrichten, Schwanthalerstr. 139 Rgb, 80339 München oder e-mail: Renate.Hennecke@net-surf.de möglich. Preis ca. 20 DM

Inhaltsverzeichnis von

V. Kural, Konflikt anstatt Gemeinschaft:

Die Gründerkonzeption / Das zergliederte Ostmitteleuropa / Der Zusammenstoß in bezug auf die Entstehung des tschechoslowakischen Staates / Die Konzeption der deutschen Position in der CSR / **Die verfassungsmäßige Lösung**

Erfüllung oder Regression der tschechoslowakischen Staatskonzeption? Die Spaltung nationaler Einheiten / Eine mühsame Rekonstruktion / Die Deutschen in die Regierung: ein Ausgleich?

Erste Symbiose oder nationaler Aufarbeitungsrückstand?

Der mitteleuropäische Rahmen der tschechisch-deutschen Beziehung in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre Bilanz eines Jahrzehnts (Exkurs)

Der Bruch: Die Krise und die tschechisch-deutsche Beziehung / Die sozialen und nationalen Folgen / Versuche eines Auswegs: a) In Deutschland, In der Tschechoslowakei

Zwischenspiel / Der Schwanengesang des Spannismus / Das tschechische Manövrieren: a) Das mitteleuropäische Manövrieren, b) Das innerpolitische Manövrieren / Der „tückische, verräterische November“

Tragisches Finale – die tragische Overtüre: das Jahr 1938 / Die „beschleunigte Variante“ A. Hitlers / Das Statut des Nationalitätenstaates / Die Maikrise / Das Spiel um Grenzzugeständnisse: a) Nationalitätenstatut contra „Skizze“ b) Ein „dritter Plan“ oder „Entwurf“ / Chamberlains Szenario und Hitlers Regie

Zusammenfassung des 1. Teils

Anhang / Tabellen / Zitierte Literatur und ihre Hinweisabkürzungen / Anmerkungen / Photos

23./24. November, Mannheim: *Nichts mehr zu verteilen? Probleme der Verteilungspolitik im Shareholder-Kapitalismus.* 8. Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS. Fragestellungen: Wie muss eine Tarifpolitik aussehen, die das Zurückbleiben der Arbeitseinkommen aufhält? Welche Risiken oder Chancen birgt eine Tarifpolitik, die das Verteilungsproblem über Vermögensbildung und Fondsbeteiligungen lösen will? Verliert der sozialstaat seine Rolle beim Ausgleich ungleicher Einkommensverteilung? Welche Bedeutung hat die öffentliche Daseinsvorsorge des Staates für eine gerechte Verteilungspolitik? Anmeldung bei: Konferenzbüro 8. Gewerkschaftskonferenz, c/o Regionalbüro Baden der PDS-Bundestagsfraktion, Helmut Roos, Alte Bergheimer Str. 8, 69115 Heidelberg. Tel. (0 62 21) 18 06 30, Fax (0 62 21) 18 06 31, E-Mail: PDS-BTF-Baden@t-online.de

24./25. November, Rostock: *Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen*

24. November, Fulda: *Wirtschaftskurs des Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften*, Abschluss, DGB-Jugendbildungsstätte. Beginn 10.30 Uhr

28. November, Brüssel: *Forum Soziales Europa* mit den Schwerpunkten „Konkreter Stand der Arbeitsbedingungen“ und der „Rechte der abhängig Beschäftigten“. Mit Unterstützung des Fraktionsvorsitzenden der Vereinigten Europäischen Linken im Europaparlament, Francis Wurtz. (Quelle: www.sozialismus.de)

1. Dezember, Berlin: *Genossenschaften – eine Chance für demokratische Reformalternativen?* 4. Workshop der PDS zur Genossenschaftsproblematisierung. Tagesordnung (bisherige Planung): • Wie kann linke Politik helfen, gemeinsam mit Betroffenen die Potenzen von Gemeinschaftsunternehmen und -projekten für gestaltende Ppolitik zu heben? • Stadtteilgenossenschaften – Form der Selbsthilfe / Vorstellung der Stadtteilgenossenschaft Wedding • Fragen, Beratungswünsche und -angebote, Vorstellung eigener Projekte und Projektideen • Diskussion in Arbeitsgruppen: a) Ostdeutsche Agrarkooperation – Auslaufmodell oder zukunftssträchtiges Projekt? b) Wohnungsgenossenschaften – was ist wirklich entwicklungsfähig? c) Konsumgenossenschaften veraltet? Diskussionsthemen werden auf Wunsch ab sofort zugeschickt (PDS, Parteivorstand, Judith Dellheim, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Tel. 0 30 / 24 009 408)

10-16.30 Uhr, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin (verkehrsgünstig zu erreichen: Ostbahnhof, Ausgang Steinfurth-Straße, rechts bis zur ersten Straße, diese überqueren und wenige Minuten mit dem Rücken zum Ostbahnhof entlang laufen. Konferenzraum in der ersten Etage des blauen Gebäudes mit den Buchstaben „Neues Deutschland“)

1./2. Dezember, Kassel: 8. Friedenspolitischer Ratschlag: *Weder Terror noch Krieg – Die Alternativen von Friedensforschung und Friedensbewegung.* Beginn: Samstag 12 Uhr. Vorträge: Der 11. September und die Folgen: Friedenspolitik im Schatten des Terrorismus; Paech: Afghanistan und die Folgen: Terror, Krieg, Völkerrecht und die Zukunft der UNO; Schui: Genua und

die Folgen: Kritik der neoliberalen Globalisierung. Nachmittags Arbeitsgruppen. Abends Plenarveranstaltung: Die Friedensbewegung und der Nahostkonflikt, mit Dr. Farhat-Naser, Bir Zeit Universität Ramallah, Dafna Hirsch, Uni Tel Aviv/Israel

Sonntag: Plenarvortrag Dr. Wolfgang Vogt: Friedensforschung, Politik und Friedensbewegung: eine schwierige Dreiecksbeziehung. Danach Foren Kassel, Universität Gesamthochschule, Wilhelmshöher Allee 73, Anmeldung per e-mail: strutype@hrz.uni-kassel.de Bitte mit der Anmeldung die vollständige Adresse angeben. Tagungsbeitrag DM 40 / 20 (Abendessen am Samstag enthalten). Unterkunft: Bei Bedarf Privatquartiere (bei der Anmeldung unbedingt vermerken), sonst: Jugendherberge (0561/77 64 55) oder verschiedene Hotels

2. Dezember, Berlin: 14. Bundesparteitag der CDU. Leitantrag: Freie Menschen. Starkes Land.

14./15. Dezember, Berlin: *Eigentum – Aneignung – Enteignung im gegenwärtigen Kapitalismus.* Workshop der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Geplant ist, sich dem Thema Eigentum im politischen Diskurs und in aktuellen ökonomischen und traditionellen Sozialismusdebatten zu nähern und anschließend aktuelle Prozesse (wie digitales Eigentum, Privatisierung in verschiedenen Sektoren und auf verschiedenen Ebenen der öffentlichen Hand, v.a. auf kommunaler) vorzustellen. Weitere Information: <http://www.rosaluxemburgstiftung.de/Einzel/welt/index.htm>

1./2. Februar, München: Das Bündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz ruft zu *Protestaktionen gegen das Treffen der Welt-Kriegselite in München* auf: Kundgebung am 1.2., 17.00 Uhr Marienplatz anlässlich des Empfangs der Tagungsteilnehmer durch die Landeshauptstadt München im Alten Rathaus. 2.2., 12.00 Uhr: Demonstration zum Tagungsort, ab Marienplatz. Abends: Gegenkonferenz oder Großveranstaltung gegen die NATO-Kriegspolitik. Näheres später. Kontakt: Bündnis gegen NATO-Sicherheitskonferenz, Tel. (089) 16 95 19, Fax 1 68 94 15, E-Mail: smash_racism@hotmail.com

3. März 2002, Bayern: *Kommunalwahlen*

Verboten ist, den Frieden zu verbieten

Symposium zur Notwendigkeit der Aufhebung des Betätigungsverbots der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) in der BRD

1.-2. Dezember in Berlin

Tagungsort: Kongresszentrum, Weißen-seer Weg 52, 13053 Berlin, Eingang Konrad-Wolf-Straße, Tel: 030-97174100. Beginn Samstag, 10.00 Uhr

Veranstalter:

YEK-KOM, Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.; IPPNW, Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.; AZADI e.V., Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland; medico international; Humanistische Union e.V.

Die Teilnahme kostet 50 DM pro Person (Verpflegung ist im Preis enthalten, keine Unterkunft). Bitte den Betrag im Voraus auf das Konto von YEK-KOM, Förder: kurd. Ver. in Deutschland e.V.

überweisen: Konto-Nr. 101 83 671; Stadtparkasse Düsseldorf, BLZ 300 50 110. Wir sind gern bereit, ums um eine Unterkunft zu kümmern.

Aus dem Programm

Samstag, 1. Dezember: Türkisch-Deutsche Beziehungen seit 3 Jahrhunderten, Prof. Dr. Udo Steinbach – Deutsches Orient Institut • Geschichte der Kurden, Prof. Martin van Bruinessen – Universität Utrecht, Niederlande, angefragt • Geschichte der PKK und des bewaffneten Kampfes, Selim Büsse – Kurdisches Institut für Wissenschaft und Forschung e.V. • EU – Türkei und die kurdische Frage vor dem Hintergrund des 11. September 2001, Hans Bran-

scheidt – medico international • Das PKK-Verbot, Referate zu verschiedenen Gesichtspunkten

Sonntag, 2. Dezember: Podiumsdiskussion: „Aufhebung des PKK-Verbots – Pro und contra“. Moderation: Hans Branscheidt. Prof. Dr. Ulrich Albrecht – Freie Universität Berlin • Prof. Norman Paech – HWP Hamburg • Friedel Grützmaker – MdL Rheinland Pfalz (B90/Die Grünen) • Udo Behrendes – Polizeidirektor in Köln und Sprecher des Bonner „Forums Bürger und Polizei“ • Kurdistan Informations-Zentrum

Infos: YEK-KOM, Graf-Adolf-Str. 70 A, Tel.: (0211) 17 11 451, -452, Fax: (0211) 17 11 453, E-Mail: yekkom@gmx.net